

Dieter, Heribert

**Research Report**

## Abschied vom Multilateralismus? Der neue Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik

SWP-Studie, No. S 4/2003

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Dieter, Heribert (2003) : Abschied vom Multilateralismus? Der neue Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik, SWP-Studie, No. S 4/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252454>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Heribert Dieter*

# **Abschied vom Multilateralismus?**

Der neue Regionalismus in der  
Handels- und Finanzpolitik

S 4  
Februar 2003  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2003

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

**Problemstellung und Empfehlungen** 5

**Einleitung** 7

**Die Schwächen klassischer Integrationsprojekte** 10

**Die rasche Vermehrung**

**bilateraler Handelsvereinbarungen** 12

**Monetärer Regionalismus** 20

Entwicklungen in Ostasien 20

Perspektiven für den Mercour 24

Andere Regionen 24

**Schluß** 27

**Anhang** 28

Literaturhinweise 28

Abkürzungen 28



**Abschied vom Multilateralismus?  
Der neue Regionalismus in der  
Handels- und Finanzpolitik**

Seit Beginn der zweiten Welle regionaler Integrationsprojekte Anfang der neunziger Jahre wird über das Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung diskutiert. Damals wurden große Freihandelszonen ins Leben gerufen, beispielsweise die nordamerikanische NAFTA, der Mercosur in Südamerika oder die ASEAN-Freihandelszone AFTA in Südostasien. Zwei diametral entgegengesetzte Interpretationen waren zu verzeichnen: Einige Beobachter sahen in diesen regionalen Projekten eine Stärkung der multilateralen Handelsordnung und insofern den Baustein einer globalen Wirtschaftsordnung. Andere interpretierten den Regionalismus als Unterminierung der Welthandelsorganisation WTO und sahen im Regionalismus den größten Stolperstein für die Entwicklung einer von Freihandel geprägten Welthandelsordnung.

Zu Beginn der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts ist eine grundlegende Veränderung eingetreten, haben sich die Erscheinungsformen des Regionalismus erneut gewandelt. Die dritte Welle des Regionalismus, in der große Freihandelszonen keine bedeutende Rolle mehr spielen, hat zwei Facetten: Zum einen werden bi- und minilaterale handelspolitische Projekte in rascher Folge ins Leben gerufen, zum anderen zeichnet sich ein Trend zu monetärem Regionalismus ab.

Die Motive für die Schaffung der bilateralen Projekte sind vielschichtig: Viele kleinere Akteure gehen sie ein, weil sie um die Stabilität der internationalen Handelsordnung fürchten. Der wichtigste Grund für diese Furcht ist die zunehmende Konkurrenz zwischen der EU und den USA. Jenseits aller freundlichen Rhetorik ist festzustellen, daß beide in einen Handelskrieg verstrickt sind. Zugleich sind es gerade die EU und die USA, die immer neue Handelsprojekte mit kleineren Ländern initiieren. Allein im November 2002 hat der amerikanische Handelsbeauftragte Bob Zoellick zehn neue bilaterale Freihandelszonen vorgeschlagen. Für die EU und die USA sind Freihandelszonen zu einem wichtigen Instrument der Außenpolitik geworden. Mit der Schaffung bilateraler Freihandelszonen kehren auch Macht und Hierarchie in die Handelsbeziehungen zurück: Streitschlichtung findet innerhalb der Freihandelszonen, nicht in der

WTO statt. Die an die Einhaltung von Regeln gebundene internationale Handelsordnung wird auf diesem Wege außer Kraft gesetzt.

Etwas anders gelagert sind die Verhältnisse im Hinblick auf die Schaffung eines stabilen internationalen Finanzsystems. Zwar sind Kapitalströme in vielen Ländern dereguliert und fließen über die Landesgrenzen hinweg. Aber auf der globalen Ebene fehlen jene Institutionen, die im nationalen Raum selbstverständlich vorhanden sind. Es gibt keinen globalen Gläubiger der letzten Instanz, kein internationales Insolvenzverfahren und keine Institution, die sich um die Stabilisierung von Wechselkursen kümmert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat diese Funktionen in den letzten Währungs- und Finanzkrisen nicht angemessen erfüllt.

Daher wird in einigen Regionen der Welt über monetären Regionalismus nachgedacht, der Antworten auf folgende zentrale Fragen geben soll: Wie können sich Ländergruppen vor Finanzkrisen schützen und im Krisenfall gegenseitig unter die Arme greifen? Welche Möglichkeiten zur Stabilisierung von Wechselkursen gibt es im regionalen Verbund? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um ein solches Vorhaben erfolgreich zu implementieren?

Aber auch monetärer Regionalismus hat eine Schattenseite: Zwar ist es verständlich, daß die betroffenen Länder dem Fehlen globaler Institutionen durch regionale Vorhaben abhelfen wollen. Aber auch hier gilt das gleiche wie bei der Handelspolitik: Die beste Lösung ist auf der globalen Ebene zu finden. Regionale Projekte konterkarieren die Versuche zur Schaffung von *global governance*. Sowohl die WTO als auch der IWF werden durch die konkurrierenden Vorhaben geschwächt.

Dabei darf nicht vergessen werden: Globale Märkte bedürfen globaler Institutionen zu ihrer Erhaltung und Regulierung. Werden diese nicht bereitgestellt, droht die internationale Wirtschaftsordnung in regionale Wirtschaftsräume zu zerfallen. Dafür gibt es historische Belege: In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen genossen regionale Projekte den Vorrang.

Um der Gefahr einer weiteren Erosion der multilateralen Ordnung zu begegnen, müssen sowohl handels- als auch finanzpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Vor allem müssen die EU und die USA in diesen beiden Feldern auf den Pfad der Kooperation zurückfinden. Einzig Europa und Amerika können den Trend zur Regionalisierung aufhalten. Wichtig sind im einzelnen folgende Maßnahmen:

- ▶ In der WTO müssen die Verfahren in Artikel 24 GATT-Vertrag hinsichtlich Freihandelszonen präzisiert werden. Ausnahmeregelungen für einzelne Sektoren, beispielsweise die Landwirtschaft, sollten nicht mehr zulässig sein.
- ▶ Ursprungsregeln sollten rasch vereinheitlicht werden, um kleinere und mittelständische Unternehmen nicht zu benachteiligen. Gegenwärtig beschäftigt sich die WTO lediglich mit nicht-präferentiellen Ursprungsregeln.
- ▶ Nach einer Übergangszeit von zehn Jahren sollte ein Verbot von Freihandelszonen erlassen werden. Lediglich Zollunionen, bei denen die teilnehmenden Länder einen gemeinsamen Außenzoll vereinbart haben oder vereinbaren müssen, sollten dann noch gestattet sein.
- ▶ Die internationale finanzpolitische Zusammenarbeit muß intensiviert und darf nicht vernachlässigt werden. Dringend nötig sind beispielsweise internationale Insolvenzverfahren ebenso wie die Schaffung eines internationalen Gläubigers der letzten Instanz.

# Einleitung

Außenwirtschaftsbeziehungen werden heute von zwei starken Trends geprägt. Zum einen bestimmt die Globalisierung die Volkswirtschaften sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer. In den verschiedensten Feldern, ob im Handel, beim Kapitalverkehr und dem Austausch von technologischer Kompetenz, hat die Globalisierung einen Wandel der wirtschaftspolitischen Optionen zur Folge. In vielen Fällen wird die Zahl der zur Verfügung stehenden Optionen für staatliche Wirtschaftspolitik reduziert. Die Verschärfung des Wettbewerbs macht in einigen Feldern eine Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik erforderlich. Andererseits wäre es falsch, aus dem Trend zur Globalisierung zu schließen, daß nationale Wirtschaftspolitik ohnmächtig sei.

Dies wird deutlich bei Betrachtung des zweiten bedeutenden Trends, des Regionalismus.<sup>1</sup> Während einzelne Nationalstaaten Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hilflos gegenüberzustehen scheinen, ist auf einer Ebene oberhalb des klassischen Nationalstaates offenbar eine angemessene Reaktion möglich. Häufiger agieren heute Staatengruppen auf der außenwirtschaftlichen Bühne, insbesondere in der Handelspolitik. Sie versuchen mit dieser Form des supranationalen Regionalismus, durch kollektives Handeln nationalstaatliche Souveränität wiederherzustellen. Vor allem die Länder der EU treten heute handelspolitisch als geschlossene Gruppe auf. Aber auch in anderen Regionen der Welt, zum Beispiel in Südostasien oder im südlichen Lateinamerika, wurden in den neunziger Jahren relativ erfolgreich Handelsvereinbarungen abgeschlossen.

Globalisierung und Regionalisierung müssen nicht als Widerspruch verstanden werden, sie können auch als zwei Seiten der gleichen Medaille gelten. Der Regionalismus der neunziger Jahre wird in dieser Deutung als Bestandteil der Globalisierung, nicht als gegenläufiger Trend aufgefaßt.<sup>2</sup>

1 Regionalismus wird hier verstanden als eine außenwirtschaftspolitische Strategie staatlicher Akteure. Regionalismus ist das Ergebnis staatlichen Handelns und im Unterschied zur Regionalisierung nicht das Resultat marktförmiger Prozesse. Klassische wirtschaftspolitische Formen von Regionalismus sind supranationale Freihandelszonen und Zollunionen.

2 Vgl. Richard Higgott, *Mondialisation et Gouvernance*:

Anfang der neunziger Jahre gab es eine lebhafte Debatte über die Ursachen und Konsequenzen von Regionalismus.<sup>3</sup> Heute muß diese Diskussion erneut geführt werden. Anfang des 21. Jahrhunderts sind eine Fülle neuer regionalistischer Vorhaben zu beobachten. Der Regionalismus hat in dieser dritten Welle abermals sein Wesen verändert: Handelspolitischer Bilateralismus und monetärer Regionalismus sind seine neuen Merkmale.

Eine der ersten Stellungnahmen des neuen Generaldirektors der WTO galt im November 2002 den bilateralen Freihandelszonen. Supachai Panitchpakdi warnte mit deutlichen Worten vor einem »à la carte regionalism«. Mitgliedsländer der WTO schaden durch Diskriminierung nicht nur Drittländern, sondern dem gesamten internationalen Handelssystem. Das entstehende Netzwerk zahlreicher Freihandelszonen gefährdet nach Supachais Ansicht die Stabilität dieses Systems.<sup>4</sup>

Supachais Warnungen sind ernst zu nehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigt sich eine deutliche Differenzierung der verschiedenen Formen von regionaler Integration. Drei Kategorien lassen sich unterscheiden: handelspolitischer Regionalismus, monetärer Regionalismus und Bilateralismus. Der Begriff handelspolitischer Regionalismus bezeichnet klassische regionale Integration. Zwei oder mehr Staaten vereinbaren die Schaffung einer Freihandelszone oder die höheren Integrationsstufen Zollunion oder gemeinsamer Markt. Sowohl die erste Welle regionaler Integration in den sechziger Jahren<sup>5</sup> als auch die

l'Emergence du Niveau Regional, in: *Politique étrangère*, 62 (1997) 2, S. 277–292.

3 Vgl. zum Beispiel Jens van Scherpenberg/Elke Thiel (Hg.), *Toward Rival Regionalism? US and EU Regional Regulatory Regime Building*, Baden-Baden: Nomos, 1998; Walter Mattli, *The Logic of Regional Integration. Europe and Beyond*, Cambridge: Cambridge University Press, 1999; Heribert Dieter, *Regionalismus im Zeitalter der Globalisierung: Eine neue Gefahr für die Länder des Südens?*, in: Dirk Messner/Michael Heinrichs (Hg.), *Globalisierung und Perspektiven linker Politik*. Festschrift zum 60. Geburtstag von Elmar Altvater, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1998, S. 206–229.

4 Vgl. *Financial Times*, 19.11.2002, S. 11.

5 Für die erste Welle des Regionalismus galten die Gründung der EWG sowie die Unabhängigkeit zahlreicher früherer Kolo-



zweite Welle ab 1989 waren von solchen Integrationsprojekten gekennzeichnet. Ein weiteres Charakteristikum der ersten und zweiten Welle ist, daß sich regionale Integration auf geographische Regionen beschränkte, es also keine transregionalen Projekte gab.<sup>6</sup>

Monetärer Regionalismus, eines der beiden Wesensmerkmale der dritten Welle des Regionalismus, bezeichnet die währungs- und finanzpolitische Integration einer Gruppe von Ländern unter Verzicht auf formelle handelspolitische Integration. Primäres Ziel von monetärem Regionalismus ist die Stabilisierung von Kapitalmärkten und Wechselkursen. Handelspolitischer Bilateralismus, das zweite Wesensmerkmal, bezeichnet die Vereinbarung eines Präferenzabkommens zwischen zwei (nicht notwendigerweise benachbarten) Ländern, die eine weitergehende Form der Integration ausschließen.

Sowohl Bilateralismus als auch monetärer Regionalismus treten nicht nur, aber doch besonders deutlich im asiatisch-pazifischen Raum in Erscheinung. Die Asienkrise und ihre Konsequenzen haben sowohl Ökonomen als auch Wirtschaftspolitiker gezwungen, nicht nur die nationale Wirtschaftspolitik zu überdenken, sondern auch regionale Kooperation und Integration neu zu betrachten.

Eine der wichtigsten Lektionen der Asienkrise ist, daß das Versagen von regionaler Kooperation die wirtschaftspolitische Autonomie der einzelnen Länder verringert hat. Eine einzelne Volkswirtschaft, die diese Krise sehr deutlich, kann weder die Turbulenzen auf den Währungs- und Kreditmärkten effizient bekämpfen, noch reicht die Macht mancher Entwicklungs- und Schwellenländer aus, die häufig kontraproduktiven Auflagen des Internationalen Währungsfonds abzulehnen. Die Konsequenz dieser kollektiven Erfahrung ist, daß die Wirtschaftspolitiker der Region künftig eher bereit sein werden, geld- und finanzpolitische Souveränität auf einer regionalen Ebene zu konzentrieren: regionale Hilfe anstelle des IWF.

Während die supranationale, regionale Ebene in der Geld- und Finanzpolitik an Bedeutung zu gewinnen scheint, zeigt sich im internationalen Handel ein anderer Trend. Bis vor wenigen Jahren bestimmte dort das Spannungsverhältnis von globaler und regionaler Ebene die Entwicklung. Sowohl im Rahmen des GATT bzw. ab 1995 der WTO als auch in den zahlreichen

nien als wichtigste Antriebskräfte.

<sup>6</sup> Allerdings wurde der Begriff Region schon in der zweiten Welle sehr weit gefaßt: Die asiatisch-pazifische APEC beispielsweise reicht vom chilenischen Feuerland bis zur finnisch-russischen Grenze.

Freihandelszonen und Zollunionen wurden internationale Handelsbeziehungen organisiert. Beispielfähig wird dies abermals im asiatisch-pazifischen Raum sichtbar. Dort dominierten bis Ende der neunziger Jahre vor allem die ASEAN, die APEC und die WTO die Außenhandelsbeziehungen.<sup>7</sup> Heute werden keine große Integrationsprojekte mehr, sondern lediglich bilaterale Vorhaben diskutiert.

Im ersten Teil der Studie (S. 10ff) werde ich die Schwächen klassischer regionaler Integration untersuchen, die sich besonders deutlich in Südostasien und dem Pazifischen Raum, aber auch in Südamerika gezeigt haben. Die Vorteile der Ausweitung des regionalen Handels verblassen neben den Nachteilen dieser Integrationsform: Insbesondere bietet sie keinen Schutz vor Währungs- und Finanzkrisen.

Im zweiten Teil der Studie (S. 12ff) werde ich das wachsende Interesse an bilateralen Handelsvereinbarungen untersuchen, die präziser als Präferenzabkommen zu bezeichnen wären. Was bedeuten diese bilateralen Abkommen für den Handel in Regionen? Welche Implikationen haben sie für die WTO? Stellen diese Drittländer diskriminierenden Vereinbarungen eine Gefahr für die Welthandelsordnung dar?

Und was sind die Motive? Läßt sich an der rasch wachsenden Zahl von bilateralen Freihandelszonen eine weit verbreitete Frustration über die heutige Gestaltung von Globalisierung ablesen? In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern wird jedenfalls mit wachsender Sorge die Zunahme protektionistischer Tendenzen in den Industrieländern registriert.

Im dritten Teil (S. 20ff) wird in knapper Form dem traditionellen, auf der Integration des Außenhandels basierenden Regionalismus der sich entwickelnde monetäre Regionalismus gegenübergestellt. Letzterer könnte für einige Ländergruppen in Asien, Afrika und Lateinamerika eine reizvolle Option darstellen. Während das klassische Modell regionaler Integration den

<sup>7</sup> Japan und Südkorea zählten zur sehr kleinen Gruppe der WTO-Mitgliedsländer, die überhaupt keiner Freihandelszone oder Zollunion angehörten. Dies heißt implizit, daß als Ziel der APEC nicht die Schaffung einer Freihandelszone verstanden wird – eine zumindest umstrittene Einschätzung. Die APEC hat 1994 in Bogor (Indonesien) beschlossen, bis zum Jahr 2010 eine »Zone freien Handels« zu schaffen. In dieser Zone sollten jedoch Drittländer handelspolitisch nicht diskriminiert werden. Wie genau die APEC-Länder bevorzugt werden sollten, ohne Drittländer zu diskriminieren, blieb unklar. Vgl. dazu Heribert Dieter, APEC and the WTO: Collision or Co-operation?, in: The Pacific Review, 10 (1997) 1, S. 19–38.

teilnehmenden Ländern nahezu keinen Schutz vor Währungs- und Finanzkrisen bietet, stellt monetärer Regionalismus schon von Beginn an ein kollektives Sicherheitsnetz zur Verfügung.

Konventionelle Integrationsprojekte leiden also unter einem Konstruktionsfehler: Sie blenden die Instabilität der internationalen Finanzmärkte aus und überlassen die Stabilisierung von Währungen und Kapitalströmen der nationalen Wirtschaftspolitik oder, im Krisenfall, dem IWF. Insofern ist zu fragen, in welcher Weise auf der supranationalen Ebene unter Beachtung dieser Stabilisierungsfunktion kooperiert werden könnte.

Eine Alternative zu monetärem Regionalismus wäre fraglos die Verbesserung der Arbeit der existierenden multilateralen Institutionen, insbesondere des IWF. Im Zeitalter liberalisierten Kapitalverkehrs wäre es folgerichtig, wenn auf globaler Ebene Strukturen geschaffen würden, die eine angemessene Reaktion auf Finanzkrisen ermöglichen. Beispielsweise erschiene es plausibel, einen globalen Gläubiger der letzten Instanz zu schaffen, um vorübergehenden Liquiditätsproblemen auf nationaler Ebene abzu- helfen.<sup>8</sup> Aber diese Alternative ist gegenwärtig für viele nicht vorstellbar. Die Bereitschaft zur Schaffung kooperativer multilateraler Institutionen ist vor allem in den USA sehr begrenzt.

Im einzelnen wird untersucht, in welchen Regionen bereits Schritte zur Implementierung von monetärem Regionalismus erfolgt sind. Für die Entwicklung eines asiatischen monetären Regionalismus spielt Japan eine besondere Rolle. Im Herbst 1997, kurz nach Ausbruch der Asienkrise, schlug Japan die Schaffung eines Asiatischen Währungsfonds (AWF) vor, zog den Vorschlag nach massiver amerikanischer Kritik aber wieder zurück.<sup>9</sup> Seit dieser gescheiterten Initiative befindet sich die japanische Regierung in der Defensive, während China an Einfluß gewinnt.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Ein globaler Gläubiger der letzten Instanz müsste in finanzielle Turbulenzen geratenen Ländern Liquidität großzügig, zu Strafzinsen und gegen Gewährung angemessener Sicherheiten bereitstellen. Vgl. hierzu Heribert Dieter, Nach den Finanzkrisen. Die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2002, insbesondere S. 52ff.

<sup>9</sup> Die chinesische Regierung stand dem Projekt eines von Japan dominierten regionalen Fonds ebenfalls skeptisch gegenüber.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Heribert Dieter/Richard Higgott, Verlierer Japan, Gewinner China? Außenpolitische Konsequenzen der Asienkrise, in: Internationale Politik, 53 (1998) 10, S. 45–52.

Auch in Lateinamerika wird über monetäre Integration nachgedacht. Den krisengeschüttelten Ländern des Mercosur bietet monetärer Regionalismus mittelfristig die Chance einer stetigeren wirtschaftlichen Entwicklung. In anderen Regionen ist die Tendenz sowohl zu monetärem Regionalismus als auch zu bilateralen Handelsvereinbarungen weniger ausgeprägt. So haben etwa die Länder des Golfkooperationsrates die Schaffung einer gemeinsamen Währung bis zum Jahr 2010 beschlossen. Insgesamt aber zeigen sich die neueren Trends des Regionalismus am deutlichsten in Ostasien und in Lateinamerika.

## Die Schwächen klassischer Integrationsprojekte

Klassische Integrationsprojekte, die die Liberalisierung des regionalen Handels in den Mittelpunkt stellen, weisen konzeptionelle Schwächen auf, die in einer Finanzkrise besonders deutlich zutage treten. Dies hat vor allem die Asienkrise gezeigt. Die zum Zeitpunkt ihres Ausbruchs im Jahr 1997 dominierenden Projekte, die ASEAN und die APEC, spielten keine nennenswerte Rolle bei der Bewältigung der Krise. Das gilt vor allem für die 1967 gegründete ASEAN, immerhin eine der ältesten regionalen Integrationsprojekte.<sup>11</sup> Bis 1997 galt sie als erfolgreichstes regionales Projekt außerhalb Europas.

Die ASEAN stellte in der Krise weder Liquidität bereit noch hat die Ländergruppe eine gemeinsame Antwort auf die akute Herausforderung gefunden. Statt dessen mußte der IWF zwei ASEAN-Ländern, Thailand und Indonesien, zur Seite springen. Die Asienkrise hat die Position der ASEAN nachhaltig geschwächt.<sup>12</sup> Ihre bis dahin anvisierte Entwicklungsperspektive, die Schaffung einer regionalen Freihandelszone und die Fortsetzung eines Integrationsprozesses des kleinsten gemeinsamen Nenners, hat seither stark an Attraktivität verloren. Obwohl bislang keine formelle Abkehr vom klassischen Integrationspfad zu beobachten ist, wird in Südostasien immer nachdrücklicher gefragt, ob bei dieser Form der Integration Aufwand und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die erfolgreichen Exporteure der Region, die sich auf dem Weltmarkt zu behaupten wissen, können von einer regionalen Freihandelszone nur in engen Grenzen profitieren.<sup>13</sup>

**11** Ein wesentliches Versäumnis war die fehlende Zusammenarbeit der ASEAN-Finanzminister. Die Minister trafen sich zum ersten Mal im März 1997, also wenige Monate vor Ausbruch der Krise, vermieden aber kontroverse Debatten. Vgl. Jürgen Rüländ, *ASEAN and the Asian Crisis: Theoretical Implications and Practical Consequences for Southeast Asian Regionalism*, in: *The Pacific Review*, 13 (2000) 3, S. 421–451 (428).

**12** Vgl. David Camroux, *Die ASEAN vor dem Ende*, in: *Le Monde Diplomatique*, (Februar 2001), S. 7; Richard Higgott, *The Asian Financial Crisis: A Study in the International Politics of Resentment*, in: *New Political Economy*, 3 (1998) 3, S. 333–356; Rüländ, *ASEAN and the Asian Crisis* [wie Fn. 11].

**13** Allerdings sind hier zwei Einschränkungen zu machen: Erstens kann eine große regionale Freihandelszone einen

Zudem hat sich die Implementierung der ASEAN-Freihandelszone AFTA als schwierig erwiesen. Beispielsweise beharrte Malaysia auf Maßnahmen zum Schutze des Binnenmarktes für Personenwagen, um den Absatz des im eigenen Land hergestellten Proton-PKW nicht zu gefährden. Thailand hat dagegen andere Präferenzen: Um als Standort für ausländische PKW-Hersteller attraktiv zu bleiben, benötigt es regionalen Freihandel bei Kraftfahrzeugen. Dieser und andere Interessengegensätze können nur schwer überwunden werden.

Ähnlich kritisch muß die Einschätzung für die APEC ausfallen. Ihr Unvermögen, auf die größte Wirtschaftskrise im asiatisch-pazifischen Raum seit 1945 rasch und entschlossen zu reagieren, hat die Relevanz des APEC-Projektes in den Augen vieler asiatischer Akteure deutlich schrumpfen lassen.<sup>14</sup> Ebenso wie die ASEAN hat auch die APEC in der Krise noch nicht einmal wirtschaftspolitischen Rat bereitgestellt. Auf dem APEC-Gipfel im kanadischen Vancouver im November 1997 wurde über Alternativen zu den IWF-Programmen nicht diskutiert. Die Empfehlung der APEC-Staats- und Regierungschefs beschränkte sich auf die Forderung nach mehr Transparenz.<sup>15</sup>

Allerdings ist der Einwand gemacht worden, die Verhinderung und Bewältigung von Finanzkrisen sei ohnehin nicht Aufgabe der APEC.<sup>16</sup> Immerhin habe

Anreiz für ausländische Direktinvestitionen bieten. Das ist beispielsweise ein wichtiges Motiv in Südostasien gewesen, wo die hohen ausländischen Direktinvestitionen in China die Bemühungen der ASEAN um die Schaffung einer Freihandelszone verstärkten. Zweitens kann die Schaffung einer Freihandelszone mit einem der Pole der Weltwirtschaft für ein Entwicklungs- oder Schwellenland nützlich sein, insbesondere dann, wenn uneingeschränkter Zugang zu den Märkten des Industrielandes gewährt wird.

**14** Ein weiterer Grund für das Scheitern der APEC war die zu rasche Aufnahme neuer Mitglieder. Vor allem die Mitgliedschaft Rußlands hat der APEC sehr viel von ihrer ursprünglichen Kohärenz genommen.

**15** In der Abschlußerklärung wurde die Finanzkrise erörtert, weitreichende Vorschläge wurden aber nicht gemacht. Hinsichtlich der Verbesserung der Krisenprävention wurde auf die zentrale Rolle des IWF verwiesen. Vgl. *APEC Leaders' Declaration*, Vancouver, 25.11.1997.

**16** Vgl. John Ravenhill, *APEC Adrift: Implications for Economic Regionalism in Asia and the Pacific*, in: *The Pacific Review*, 13

die APEC dafür gesorgt, daß die betroffenen Länder nicht mit protektionistischen Maßnahmen auf die Asienkrise reagiert hätten. Die APEC habe sich also um die Liberalisierung des Güterhandels auch nach der Asienkrise verdient gemacht.<sup>17</sup>

Diese Einwände sind jedoch wenig stichhaltig. Wer unterstellt, infolge der Krise habe eine Welle des Protektionismus gedroht, verkennt die Problemlage in den Krisenländern. Diese waren mit einem plötzlichen Kapitalmangel konfrontiert und nicht mit wachsendem Importdruck aus anderen Ländern. Die einzigen APEC-Länder, die für sich in Anspruch nehmen können, durch hohe Güterimporte zur Überwindung der Krise beigetragen zu haben, waren vor allem die USA und Kanada, nachrangig auch Australien. So positiv sich die Offenheit dieser Volkswirtschaften auf die Überwindung der Asienkrise auswirkte, so wenig ist zu erkennen, in welcher Weise die APEC einen Einfluß auf ihre Handelspolitiken hatte.

Asiatische Akteure betrachten die APEC zusehends als ein Instrument US-amerikanischer Außenwirtschaftspolitik.<sup>18</sup> Dies ist nicht allein die Folge der Asienkrise, wurde aber durch sie begünstigt. Zudem wird das Fehlen handfester Erfolge der wirtschaftlichen Zusammenarbeit immer häufiger kritisiert.<sup>19</sup>

Die Folge ist, daß asiatische Akteure einem Integrationsprojekt ohne die angelsächsischen Pazifikanrainer heute den Vorzug zu geben scheinen. Zwar ist die Konkurrenz zwischen einem kleineren, asiatischen und einem großen, pan-pazifischen Integrationsprojekt nicht neu,<sup>20</sup> aber erst in den letzten Jahren hat die Debatte über ein Integrationsprojekt ohne die Beteiligung angelsächsischer Länder an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die amerikanische Opposition gegen den Vorschlag Japans, im September 1997 einen Asian Monetary Fund (AMF) einzurichten, hat die Beziehungen zwischen den

angelsächsischen und den asiatischen APEC-Ländern polarisiert.

Die etablierten regionalen Integrationsprojekte in Südostasien und im Pazifik haben sich in jüngerer Zeit nicht bewährt. Sie haben weder zur Verhinderung von Finanzkrisen noch zu deren Bewältigung beigetragen. Auch die politische Krise in Ost-Timor konnte weder von der ASEAN noch von der APEC gemeistert werden. Die Herausforderung für die Politiker der Region ist nun, neue Formen der regionalen Integration zu entwickeln, die nicht die Schwächen konventioneller Integrationsprojekte aufweisen.

Diese Schwächen zeigten sich in den letzten Jahren nicht nur in Asien. Auch der zunächst sehr erfolgreiche Mercosur befindet sich heute in der schwersten Krise seiner Geschichte. 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet, zielte er auf die Schaffung einer Zollunion. Hinsichtlich des Güterhandels entwickelte sich der Mercosur zunächst sehr positiv. So konnte beispielsweise Argentinien das Volumen seiner Ausfuhren nach Brasilien von 1,7 Milliarden Dollar im Jahr 1992 auf 7,8 Milliarden im Jahr 1997 drastisch steigern.<sup>21</sup> Doch zeigte sich auch im Mercosur, daß es gefährlich ist, die Intensivierung des Warenhandels im Zeitalter liberalisierten Kapitalverkehrs zu beschränken. Die sich seit einigen Jahren abzeichnende Krise in Argentinien, die mit der Aufgabe des »currency board« im Januar 2002 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, konnte vom Mercosur nicht verhindert werden. Hier besteht eine deutliche Parallele zur ASEAN. Beide regionalen Integrationsprojekte hatten bis zur Krise finanz- und währungspolitische Kooperation ausgeklammert, und beide Projekte sind durch Finanzkrisen in existentielle Notlagen geraten.

(2000) 2, S. 319–333 (326).

<sup>17</sup> Vgl. Stuart Harris, The Regional Response in Asia-Pacific and Its Global Implications, in: The Pacific Review, 13 (2000) 3, S. 495–516.

<sup>18</sup> Kahler betont, der Widerstand asiatischer Länder gegen die Einführung völkerrechtlich verbindlicher Strukturen in der APEC beruhe auf der Furcht vor amerikanischer Dominanz. Vgl. Miles Kahler, Legalization as Strategy: The Asia-Pacific Case, in: International Organization, 54 (2000) 3, S. 549–571 (568).

<sup>19</sup> Vgl. Ravenhill, APEC Adrift [wie Fn. 16].

<sup>20</sup> Vgl. Richard Higgott/Richard Stubbs, Competing Conceptions of Economic Regionalism: APEC versus EAEC in the Asia Pacific, in: Review of International Political Economy, 2 (1995) 3, S. 549–568.

<sup>21</sup> Vgl. International Monetary Fund, Directions of Trade Statistics 1992–1998, Washington 1999, S. 102–104.

## Die rasche Vermehrung bilateraler Handelsvereinbarungen

Die Entwicklungen beim neuen Regionalismus im Handel sind eindeutig: Seit dem Abschluß der Uruguay-Runde hat die Zahl neuer regionaler Handelsabkommen stark zugenommen. Allein von Januar 1995 bis Dezember 1999 wurden der WTO 69 neue regionale Abkommen gemeldet. Ende 1999 waren, einschließlich der älteren, 113 Abkommen in Kraft.<sup>22</sup> Abkommen, die sich noch im Stadium der Verhandlung befinden oder der WTO nicht zur Kenntnis gebracht wurden, sind darin nicht enthalten.

Diese bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen können eine Beschränkung des internationalen Handels darstellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn mit ihnen im Einzelfall komplexe Ursprungsregeln verbunden sind. Die Feststellung des Ursprungs einer Ware ist eine administrativ anspruchsvolle Aufgabe und stellt ein eigenes Handelshemmnis dar. Ursprungsregeln gibt es nur in Freihandelszonen, nicht aber in Zollunionen wie der EWG/EU oder dem Mercosur. Freihandelszonen sind Präferenzhandelsabkommen, die Nicht-Mitglieder diskriminieren. Sie haben in sehr beschränktem Umfang ihre Berechtigung, um den Handel zwischen Entwicklungsländern zu fördern. Selbst für diese Fälle ist aber eine Zollunion die bessere Lösung.<sup>23</sup> Ökonomisch wenig plausibel sind hingegen Freihandelszonen unter Beteiligung großer Industrieländer, zumal sie kaum wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Diese Einschätzung ist in der Wirtschaftswissenschaft wenig umstritten. Gerade deshalb muß man sich fragen, warum die entsprechenden handelspolitischen Maßnahmen diese gesicherte Erkenntnis der ökonomischen Theorie nicht berücksichtigen.

Für den internationalen Handel dürfte eine Erklärung sein, daß regionale Abkommen den Glauben nationaler Wirtschaftspolitiker stärken, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des jeweiligen Landes kontrollieren und steuern zu können. Das gilt um so mehr, als das Vertrauen in die Stabilität der multilateralen Handelsordnung gering ist und ins-

besondere die Sorge kleinerer Länder wächst, handelspolitisch ins Abseits gedrängt zu werden. Nicht nur die anhaltenden Dispute der beiden wirtschaftlichen Schwergewichte EU und USA in der WTO selbst, sondern auch die hohe Zahl der von ihnen geschlossenen regionalen Handelsabkommen fördert in kleineren Ländern die Sorge vor einem Zusammenbruch der multilateralen Welthandelsordnung.

Den Hauptanstoß für die rasche Zunahme von bi- und multilateralen Handelsabkommen gibt also die Politik der großen Akteure. Weder die EU noch die USA unterstützen die WTO in ausreichendem Maße. Dabei ist es unerheblich, ob dies in Brüssel und Washington so gesehen wird. Entscheidend ist vielmehr, daß in den Hauptstädten anderer Ökonomien das Vertrauen in die WTO rasch zu schwinden scheint. Als Beleg für viele kann die Aussage des australischen Handelsministers Peter Cooke gelten: Zwar seien regionale Abkommen nur die zweitbeste Lösung im Vergleich zum Multilateralismus, aber im gegenwärtigen politischen Klima seien sie die einzige verfügbare Option.<sup>24</sup> Mit anderen Worten: Trotz der in der Theorie aufgezeigten Nachteile und trotz der mit ihm verbundenen Nachteile für die multilaterale Handelsordnung ist der Bilateralismus aus nationalstaatlicher Perspektive die richtige Politik.

Der Trend zu bilateralen Abkommen ist weltweit festzustellen, aber in Europa und in Ostasien ist er bislang am stärksten ausgeprägt. Die Sorge vor einem Ausschluß von wichtigen Märkten ist bei den dort vorherrschenden exportorientierten Ländern größer als in anderen Regionen. Das markanteste Beispiel ist Singapur, das allein im Pazifischen Raum sieben bilaterale Freihandelsabkommen verhandelt oder bereits abgeschlossen hat. Im April 2002 hat der Inselstaat ein Freihandelsabkommen mit den EFTA-Ländern (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) paraphiert, das Anfang 2003 in Kraft treten soll.<sup>25</sup> Für Singapur ist der uneingeschränkte Zugang zu den Märkten anderer Länder, insbesondere den USA, von zentraler Bedeutung. Dies erklärt seinen Aktionismus.<sup>26</sup>

<sup>22</sup> Vgl. André Sapir, EC Regionalism at the Turn of the Millennium: Toward a New Paradigm?, in: *The World Economy*, 23 (2000) 9, S. 1135-1148 (1135).

<sup>23</sup> Das am längsten existierende regionale Integrationsvorhaben ist die 1910 geschaffene SACU.

<sup>24</sup> Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 28.12.2000, S. 30.

<sup>25</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 12.4.2002, S. 10.

<sup>26</sup> Eine singapurische Diplomatin erklärte, das Abkommen

Die USA haben sich diesem Trend nun mit großer Energie angeschlossen. 1985 vereinbarten sie mit Israel eine Freihandelszone. Am 1. April 1994 folgte die NAFTA mit Mexiko und Kanada. Im Jahr 2001 wurde das Abkommen über eine Freihandelszone mit Jordanien unterzeichnet. Nachdem der Kongreß im Sommer 2002 der Administration Bush das sogenannte Schnellspurmandat für handelspolitische Vereinbarungen erteilt hat, ist ein geradezu explosionsartige Zunahme von Vorschlägen für bilaterale Freihandelszonen zu verzeichnen. Allein im Oktober 2002 regte der amerikanische Handelsbeauftragte Bob Zoellick folgende Freihandelsabkommen an: mit Marokko, fünf zentralamerikanischen Ländern, der südafrikanischen Zollunion SACU, Australien, Indonesien, Thailand und den Philippinen.<sup>27</sup>

Der Trend zu bilateralen Freihandelszonen ist im Pazifischen Raum sehr auffällig. Vor der Asienkrise war davon noch nichts zu spüren. Wichtige Länder, insbesondere Japan und Südkorea, bauten vor allem auf die WTO sowie die APEC und verzichteten vollständig auf Freihandelsabkommen. Aus Tabelle 1 (S. 16) geht die Dynamik der Entstehung immer neuer Freihandelszonen deutlich hervor. Kein Land möchte abseits stehen. Die Veränderungen werden besonders deutlich, wenn man die Lage vor 1998 mit der heutigen Situation vergleicht (siehe Schaubild 1, S. 14, und Schaubild 2, S. 15).

Der Bruch ist augenfällig: Bis zur Asienkrise hatte die APEC eine herausgehobene Bedeutung. In ihrem Rahmen sollte die Liberalisierung des regionalen Handels erfolgen.<sup>28</sup> Im Falle Japans ist der vollzogene Strategiewechsel gut dokumentiert. Im Mai 2000 gab das Ministerium für internationalen Handel und Industrie in seinem jährlichen Strategiepapier bekannt, fortan werde Japan, ähnlich wie andere WTO-Mitglieder, auch auf bilaterale Handelsvereinbarungen setzen. Die multilateralen Anstrengungen würden dadurch aber nicht geschwächt, sondern ergänzt.<sup>29</sup>

Zutreffend ist auch das Argument, asiatische Akteure würden lediglich dem Beispiel der anderen WTO-Mitgliedsländer folgen. Insbesondere die EU hat

sich als sehr rege bei der Initiierung von Freihandelsabkommen gezeigt, was Tabelle 2 (S. 17) verdeutlicht. Die Europäische Union schließt mit immer neuen Ländern Freihandelsabkommen ab. Unbedenklich erscheint dies im Falle der osteuropäischen Beitrittsländer. Denn da diese Länder schon in wenigen Jahren der EU beigetreten sein werden, haben die Freihandelszonen nur für sehr kurze Zeit Bestand.

Anders verhält es sich bei den Abkommen mit den südlichen Mittelmeeranrainern, mit Südafrika oder Mexiko, deren Beitritt zur EU gewiß nicht geplant ist. Die EU setzt mit diesen Abkommen aber das falsche Signal. Wesentlich wichtiger als die Liberalisierung des Handels durch bilaterale Abkommen ist die Liberalisierung im Rahmen der WTO. Ob dies beabsichtigt ist oder nicht: Die WTO leidet unter der zunehmenden Konkurrenz durch bi- und minilaterale Abkommen. Internationaler Handel wird entweder unter dem Dach der WTO oder in regionalen Abkommen reguliert. Das Streitschlichtungsverfahren in der WTO, ein Meilenstein für den Welthandel, wird durch regionale Abkommen ausgehebelt, da die WTO für sie nicht zuständig ist.

Darüber hinaus sind einige grundsätzliche Punkte zu bedenken. Zunächst ist der Begriff Freihandelsabkommen irreführend. Angemessener wäre es, von Präferenzhandelsabkommen zu sprechen: Diejenigen Länder, die nicht zu der Freihandelszone gehören, werden von den Liberalisierungsfortschritten ausgeschlossen.

Zudem erfordern Freihandelszonen komplizierte administrative Maßnahmen. Da die an ihnen teilnehmenden Länder jeweils ihre nationalen Zollregime behalten, müssen für die Herkunft einer Ware Ursprungsregeln festgelegt werden, müssen entsprechende Ursprungszertifikate eine Ware begleiten. Dies stellt eine Beschränkung des internationalen Handels dar. Die Kosten der Erstellung von Ursprungszertifikaten sind erheblich. Im Mittel betragen sie für Importeure und Zollbehörden zusammen 5 Prozent des Warenwertes. Bei Zöllen von unter 3 Prozent ist davon auszugehen, daß die Kosten der Erstellung eines Ursprungszertifikates die Zollersparnis mehr als aufwiegen.<sup>30</sup>

mit Neuseeland sei der Testballon, das mit Japan das Gesellenstück, jenes mit den USA aber das Meisterstück der Handelspolitik Singapurs.

<sup>27</sup> Vgl. Financial Times, 1.11.2002, S. 10

<sup>28</sup> Die genaue Form dieser Liberalisierung war aber stets umstritten. 1994 war auf dem APEC-Gipfel in Bogor (Indonesien) die Schaffung einer »Zone freien Handels« vereinbart worden, die aber Drittländer nicht benachteiligen sollte.

<sup>29</sup> Vgl. Financial Times, 17.5.2000, S. 13.

<sup>30</sup> Vgl. Michael Roberts/Peter Wehrheim, Regional Trade Agreements and WTO Accession of CIS Countries, in: Inter-economics, (November/Dezember 2001), S. 315-323 (317).

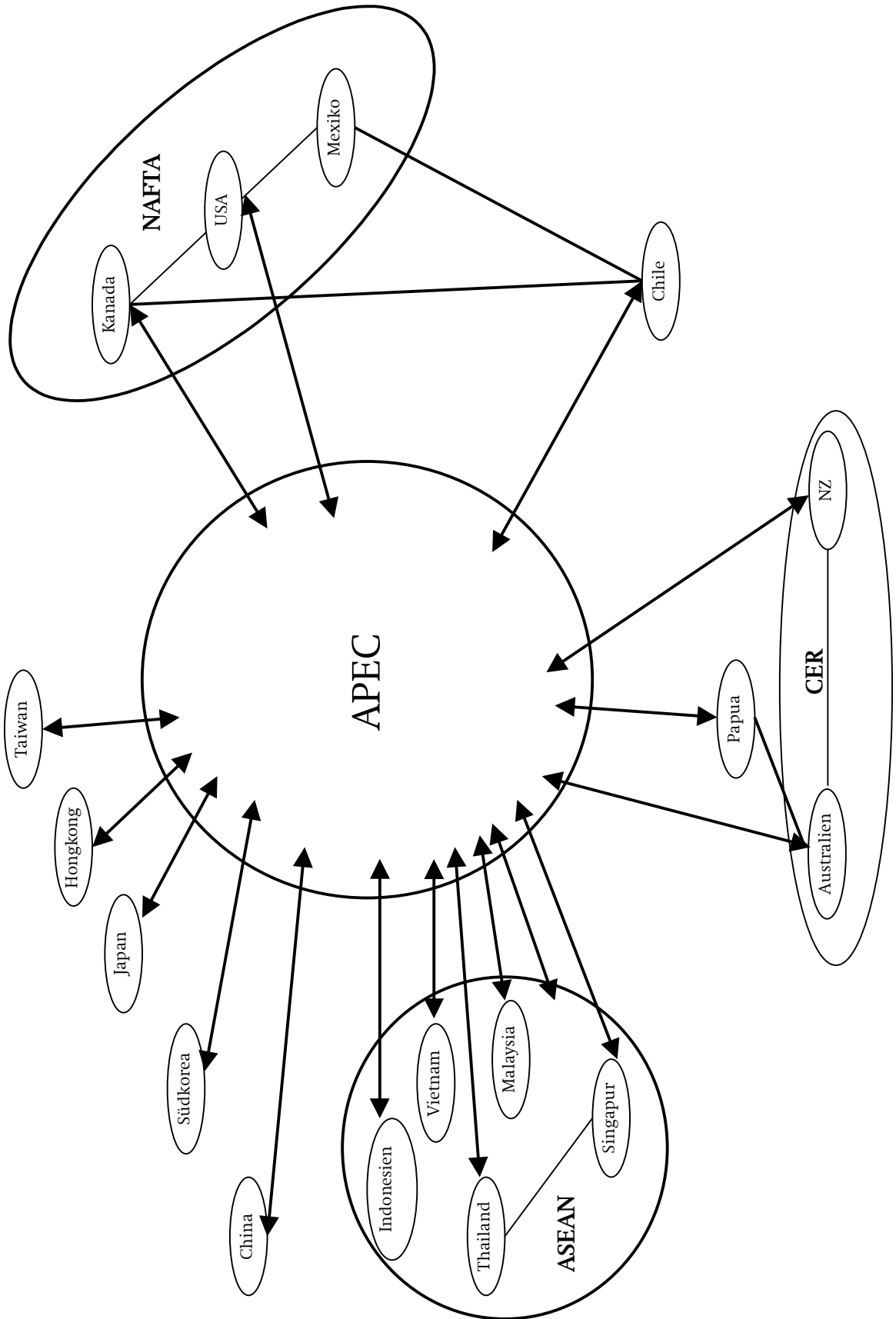
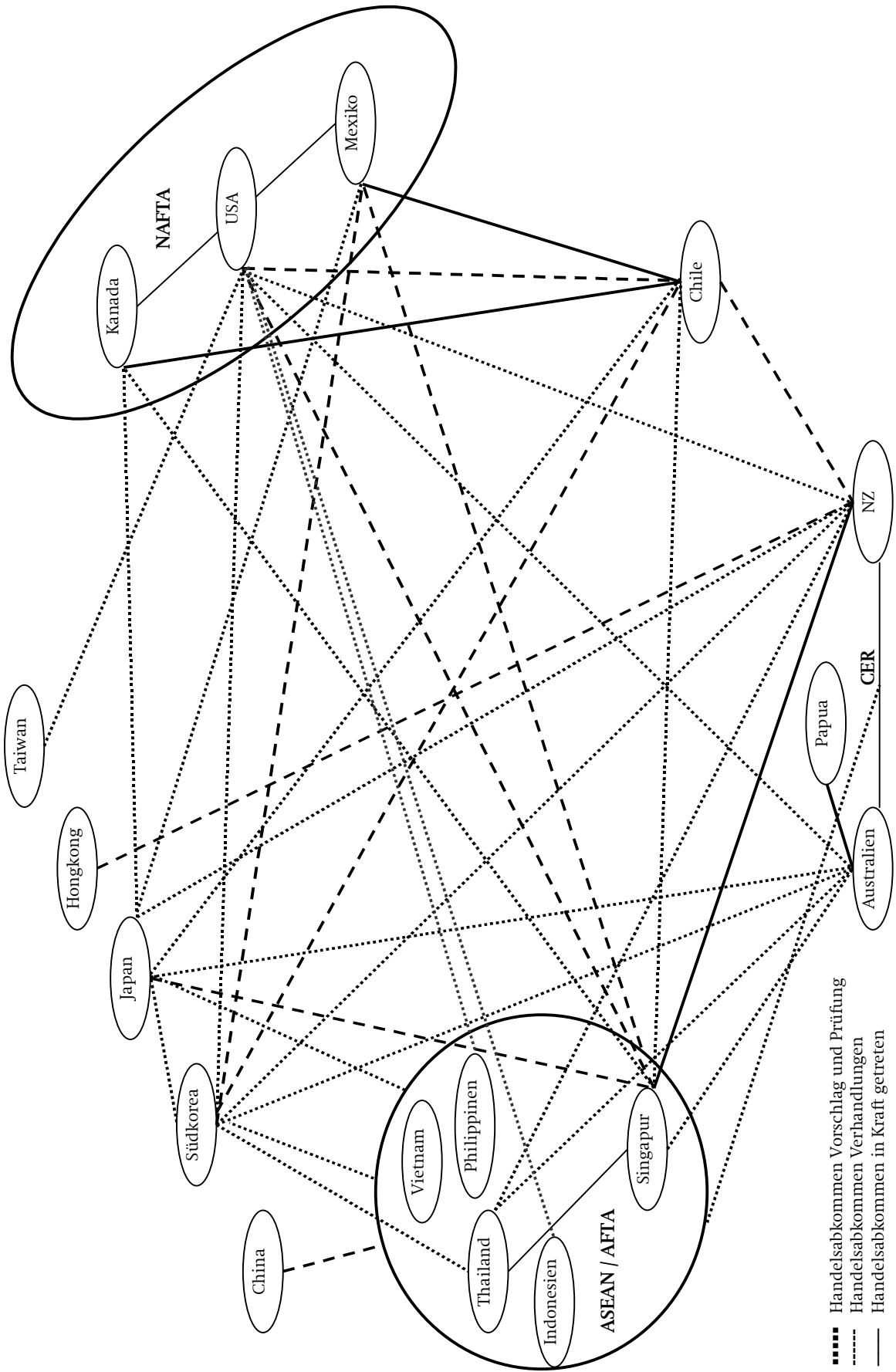


Schaubild 1  
Freihandelszonen im Pazifik bis 1998

Schaubild 2  
 Freihandelszonen im Pazifischen Raum im Jahr 2002





**Tabelle 1**  
**Handelsabkommen im Pazifischen Raum**

	<i>Vertragspartner</i>	<i>Inkrafttreten/Status</i>	<i>Abkommenstyp*</i>
1	Australien–Papua Neuguinea (PATCRA)	01.02.1977	FZW
2	Australien–Neuseeland (CER)	01.01.1983	FZW
3	Australien–Neuseeland (CER)	01.01.1989	FZD
4	ASEAN Free Trade Area (AFTA)	28.01.1992	FZW
5	Kanada–Mexiko–USA (NAFTA)	01.04.1994	FZW und FZD
6	Kanada–Chile	05.07.1997	FZW und FZD
7	Mexiko–Chile	01.08.1999	FZW
8	USA–Vietnam	in Kraft	Handelsabkommen
9	Neuseeland–Singapur	01.01.2001	FZW und FZD
10	Australien–Singapur	Verhandlungen	
11	ASEAN–China	Verhandlungen	FZW bis 2010
12	ASEAN–Australien–Neuseeland	Verhandlungen	
13	Chile–Neuseeland	Verhandlungen	
14	Chile–Südkorea	Verhandlungen	
15	Chile–USA	Verhandlungen	
16	Hongkong–Neuseeland	Verhandlungen	
17	Japan–Singapur	Verhandlungen	
18	Singapur–USA	Verhandlungen	
19	Mexiko–Südkorea	Verhandlungen	
20	Mexiko–Singapur	Verhandlungen	
21	ASEAN–Japan	Vorschlag und Prüfung	
22	ASEAN–Südkorea	Vorschlag und Prüfung	
23	ASEAN–Indien	Vorschlag und Prüfung	
24	Australien–Japan	Vorschlag und Prüfung	
25	Australien–Südkorea	Vorschlag und Prüfung	
26	Australien–Thailand	Vorschlag und Prüfung	
27	Australien–USA	Vorschlag und Prüfung	
28	Kanada–Japan	Vorschlag und Prüfung	
29	Kanada–Singapur	Vorschlag und Prüfung	
30	Chile–Japan	Vorschlag und Prüfung	
31	Chile–Singapur	Vorschlag und Prüfung	
32	Japan–Mexiko	Vorschlag und Prüfung	
33	Japan–Neuseeland	Vorschlag und Prüfung	
34	Japan–Südkorea	Vorschlag und Prüfung	
35	Neuseeland–Südkorea	Vorschlag und Prüfung	
36	Neuseeland–Thailand	Vorschlag und Prüfung	
37	Neuseeland–USA	Vorschlag und Prüfung	
38	Südkorea–Thailand	Vorschlag und Prüfung	
39	Südkorea–USA	Vorschlag und Prüfung	
40	Taiwan–USA	Vorschlag und Prüfung	
41	Indonesien–USA	Vorschlag und Prüfung	
42	Philippinen–USA	Vorschlag und Prüfung	

\* FZW = Freihandelszone Waren; FZD = Freihandelszone Dienstleistungen.

**Tabelle 2**  
**Handelsabkommen unter Beteiligung der Europäischen Union**

	<i>Vertragspartner</i>	<i>Inkrafttreten/Status</i>	<i>Art des Abkommens**</i>
1	EU-Malta	01.04.1971	ZU Industriegüter
2	EU-Zypern	01.06.1973	ZU Industriegüter
3	EU-Andorra	01.07.1991	ZU Industriegüter
4	EU-San Marino	01.02.1992	ZU
5	EU-Türkei	31.12.1995	ZU Industriegüter
5	EU-Schweiz	01.01.1973	FZW
6	EU-Island	01.04.1973	FZW
		01.01.1994	FZD
7	EU-Norwegen	01.07.1993	FZW
		01.01.1994	FZD
8	EU-Polen	01.03.1992	FZW
		01.02.1994	FZD
9	EU-Slowakische Republik	01.03.1992	FZW
		01.02.1994	FZD
10	EU-Tschechische Republik	01.03.1992	FZW
		01.02.1995	FZD
11	EU-Ungarn	01.03.1992	FZW
		01.02.1994	FZD
12	EU-Rumänien	01.05.1993	FZW
		01.02.1994	FZD
13	EU-Bulgarien	21.12.1993	FZW
		01.02.1995	FZD
14	EU-Estland	01.01.1995	FZW
		01.02.1998	FZD
15	EU-Lettland	01.01.1995	FZW
		01.02.1998	FZD
16	EU-Litauen	01.01.1995	FZW
		01.02.1998	FZD
17	EU-Slowenien	01.01.1997	FZW
		01.02.1999	FZD
18	EU-Faröer-Inseln	01.01.1997	FZW
19	EU-Mazedonien	09.04.2001 (Unterzeichnung)	FZW
20	EU-Kroatien	29.10.2001 (Unterzeichnung)	FZW
21	EU-Paläst. Autonomiebehörde	01.07.1997	FZW und FZD
22	EU-Tunesien	01.03.1998	FZW
23	EU-Marokko	01.03.2000	FZW
24	EU-Israel	01.06.2000	FZW
25	EU-Südafrika*	01.01.2000	FZW
26	EU-Mexiko	01.07.2000	FZW
		01.03.2001	FZD
27	EU-Chile	Verhandlungen (seit 2000)	
28	EU-Golfkooperationsrat	Verhandlungen (seit 1999)	
29	EU-Mercosur	Verhandlungen (seit 2000)	

\* Die Freihandelszone schließt die Länder der Southern African Customs Union (SACU) ein.

\*\* FZW = Freihandelszone Waren; FZD = Freihandelszone Dienstleistungen, ZU = Zollunion.

Sowohl kleinere Unternehmen aus Industrieländern als auch Unternehmen aus Entwicklungsländern sind mit den notwendigen administrativen Maßnahmen nicht selten überfordert. Große Konzerne haben dagegen weniger Schwierigkeiten mit Ursprungszertifikaten, da sie über eigene Rechtsabteilungen verfügen. Das ist ein gravierender Befund: Die Liberalisierung des internationalen Handels ist ein Kernelement der heutigen Form der Globalisierung. Gerade die ärmeren Länder sollen durch internationalen Handel die Chance bekommen, sich zu entwickeln. Bilaterale Freihandelszonen mit leistungsfähigen Ökonomien können genau dies verhindern. Das gilt insbesondere dann, wenn der Agrarhandel ganz oder teilweise ausgeschlossen bleibt.

Damit noch nicht genug. Der Ursprung einer Ware wird in Freihandelsabkommen häufig durch ein Wertschöpfungskriterium festgestellt: Ein festgelegter Prozentanteil der Wertschöpfung muß in einem Land der Freihandelszone erfolgen, damit die Ware frei gehandelt werden kann. Dies benachteiligt aber weniger entwickelte Länder, da es ihnen wegen der niedrigen Lohnkosten schwererfällt, die Mindestwertschöpfung zu erreichen. Das gilt natürlich besonders dann, wenn eine Freihandelszone zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungsland vereinbart wird. Ursprungsregeln eignen sich also sehr gut als protektionistisches Instrument. Zudem lassen sie sich maßschneidern: In der NAFTA gilt beispielsweise eine Mindestwertschöpfung von 50 Prozent. In der Automobil- sowie in der Textilindustrie werden hingegen 62,5 Prozent verlangt, gerade in den Sektoren, in denen Mexiko konkurrenzfähig ist.

Der Trend zu bilateralen Freihandelszonen hat die weitere Nebenwirkung, daß Macht und Hierarchie in die internationalen Handelsbeziehungen zurückkehren – eine der gefährlichsten Begleiterscheinungen des neuen Bilateralismus. Zwar haben Hierarchien im internationalen Handel stets eine Rolle gespielt. Doch gelang es mit der Institutionalisierung der WTO, ihre Bedeutung abzuschwächen, indem wirksamere Möglichkeiten zur regelgebundenen Streitschlichtung geschaffen wurden. Gegenwärtig kann man beobachten, daß diese Schlichtungsmechanismen greifen: Selbst das Neumitglied China kann die USA bereits wegen der im Jahr 2002 erlassenen Einfuhrzölle bei der WTO verklagen. Die USA sehen sich darüber hinaus Klagen gegen die Stahlzölle von sehr unterschiedlich mächtigen Akteuren ausgesetzt: China, die EU und Japan, aber auch Norwegen, die Schweiz und

Südkorea sind vor die Streitschlichtungsrate der WTO gezogen.<sup>31</sup>

Bei bilateralen Freihandelsabkommen gelten aber die internen Verfahren zur Streitschlichtung, nicht jene der WTO. Und dabei zeigt sich sehr deutlich, daß Macht durch Regeln eingehegt werden muß. Selbst dies gelingt nicht immer, wie Kanada im Jahr 2002 erfahren mußte. Der kleine Nachbar streitet mit den USA seit einigen Jahren über die Einfuhr von Bauholz (softwood lumber). Die USA werfen Kanada vor, zu niedrige Gebühren für den Holzeinschlag in kanadischen Wäldern zu erheben. Letztlich handle es sich, so die USA, um Subventionen. Kanada konnte im NAFTA-eigenen Streitschlichtungsverfahren zwar zweimal eine Entscheidung zu seinen Gunsten erwirken, aber die amerikanische Regierung hat sie schlicht und einfach ignoriert und einen Zoll in Höhe von 27 Prozent ab 23. Mai 2002 erlassen. Kanada exportierte in der Vergangenheit immerhin Bauholz im Wert von 7 Milliarden Euro pro Jahr. Die Handlungsweise der USA stieß in Kanada auf Empörung. Premierminister Jean Chrétien beschleunigte den USA einen Verstoß gegen den Geist und den Buchstaben des NAFTA-Vertrages. Kanadas Botschafter in Washington sprach von »Freihandel à la carte«.<sup>32</sup>

Was aber kann jenseits von Appellen zur Stärkung der WTO getan werden, um den Trend zum Bilateralismus mit all seinen gefährlichen Begleiterscheinungen aufzuhalten? Bereits in der Uruguay-Runde hat man sich darauf verständigt, die von der Schaffung von Freihandelszonen ausgehenden Gefahren einzuhegen. Erreicht werden sollte dies vor allem durch die Vereinheitlichung der Ursprungsregeln – eine bislang noch nicht bewältigte Vorgabe. Zudem betrifft die geplante Vereinheitlichung nur sogenannte nicht-präferentielle Abkommen, Freihandelszonen werden also gerade nicht erfaßt.

Eine Möglichkeit zur Begrenzung der negativen Auswirkungen vor allem von Freihandelszonen wäre, die Bestimmungen des Artikels 24 GATT-Vertrag präziser zu fassen. Bislang heißt es darin, daß nahezu der gesamte Handel (substantially all the trade) von der Freihandelszone abgedeckt werden muß. Hier wäre durch die Streichung des Wörtchens *substantially* schon viel gewonnen: Wenn insbesondere Agrarprodukte nicht mehr ausgeschlossen werden könnten, würde dies dem einen oder anderen Vorhaben einen empfindlichen Dämpfer aufsetzen.

<sup>31</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 25.6.2002, S. 9.

<sup>32</sup> Vgl. Handelsblatt, 6.5.2002, S. 3.

Einfacher und radikaler wäre es, den Artikel 24 des GATT-Vertrages umfassend zu ändern, Freihandelszonen zu verbieten und nur noch Zollunionen zu gestatten. Im Unterschied zur Freihandelszone muß in einer Zollunion ein gemeinsamer Außenzoll vereinbart werden. Die Konsequenz ist, daß eine Ware, ist sie einmal importiert, in der Zollunion unbeschränkt gehandelt werden darf. Ursprungsregeln sind nicht notwendig. Handel wird tatsächlich liberalisiert. Zollunionen fördern internationalen Handel erheblich mehr als Freihandelszonen, auch wenn die Begriffe das Gegenteil suggerieren.

Ein Land kann außerdem sehr vielen Freihandelszonen beitreten, aber nur einer einzigen Zollunion. Mit einem Verbot von Freihandelszonen würde insofern ein Automatismus geschaffen, der die Zersplitterung der internationalen Handelsordnung zuverlässig verhindert.<sup>33</sup>

Allerdings ist es kein Zufall, daß gerade die EU so sehr bemüht ist, immer neue Freihandelsvereinbarungen abzuschließen. Diese haben sich zum vielleicht wichtigsten Instrument der EU-Außenpolitik entwickelt. Die Europäische Union versucht nämlich, Partner durch Freihandelsabkommen auch politisch zu binden. Der zunehmende Wettbewerb mit den USA ist die eigentliche Ursache für diese Strategie der Europäer. Daher kann eine Tendenzwende auch nur in Zusammenarbeit mit den Amerikanern gelingen. Beide Akteure müßten sich gemeinsam auf eine Änderung ihrer Handelspolitik verständigen und die WTO entsprechend stärken. Solange dies nicht geschieht und die WTO ein Ort der Konfrontation bleibt, so lange sind aber diejenigen nicht zu kritisieren, die ihre eigenen Ökonomien vor den negativen Konsequenzen weiterer Verwerfungen im Welthandel schützen wollen.

Deutlich wird die Strategie der EU an der Politik gegenüber dem Mercosur. Der für den Außenhandel zuständige Kommissar Pascal Lamy erklärte im März 2002 in Buenos Aires, für die EU sei das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur besonders wichtig, weil mit ihm die Multipolarität des internationalen Systems gestärkt würde.<sup>34</sup> Im Klartext heißt Multi-

polarität, daß die EU ein panamerikanisches Abkommen als unvorteilhaft betrachtet, weil es eine Sphäre amerikanischen Einflusses entstehen lassen könnte. Durch die Vereinbarung von Freihandelszonen mit Chile, Mexiko und dem Mercosur stellt die EU sicher, daß sie von diesen wichtigsten Märkten Lateinamerikas nicht ausgeschlossen wird.

<sup>33</sup> Allerdings können zwei Zollunionen untereinander eine Freihandelszone bilden, wie zwischen der SACU und der EU geschehen. Überraschenderweise wurden sowohl die Verhandlungen allein von Südafrika geführt als auch das Abkommen als »EU-Südafrika-Abkommen« bezeichnet.

<sup>34</sup> Vgl. Pascal Lamy, Wie bewältigen wir die Herausforderung der Globalisierung: Regionale Integration oder multilaterale Regeln? Vortrag in Buenos Aires am 1.3.2002, Speech/02/93.

## Monetärer Regionalismus

Seit den frühen sechziger Jahren wird regionale Integration als ein in fünf Schritten verlaufender Prozeß verstanden. Am Anfang steht die Freihandelszone, gefolgt von der Zollunion und dem gemeinsamen Markt. Die vierte Stufe ist die Wirtschafts- und Währungsunion, an die sich die Politische Union anschließt.<sup>35</sup>

Im Gegensatz zu konventionellen Integrationsprojekten zielt monetärer Regionalismus direkt auf die Ebenen vier und fünf.<sup>36</sup> Diese Form der Integration soll zur Stabilität von Finanzmärkten und Währungen in einer Region beitragen. Genau wie bei konventionellem Regionalismus ist die Bereitschaft der teilnehmenden Länder zum partiellen Souveränitätsverzicht erforderlich. Ziel des Integrationsprozesses ist die Schaffung von zumindest einer gemeinsamen Währung. Ein solcher Prozeß könnte, wie in Übersicht 1 gezeigt, in vier Stufen organisiert werden.

Monetärer Regionalismus könnte also ebenso schrittweise umgesetzt werden wie konventioneller Regionalismus. Ohne die einzelnen Stufen im Detail diskutieren zu können, bleibt festzuhalten, daß die wichtigste erste Maßnahme die Schaffung eines aus öffentlichen Mitteln gespeisten regionalen Liquiditätsfonds ist. Daran schließen sich eine Reihe weiterer Maßnahmen an.

<sup>35</sup> In einer Freihandelszone werden Handelsbeschränkungen innerhalb des Integrationsprojektes abgeschafft, aber die einzelnen Länder behalten ihre nationalen Außenzölle. In einer Zollunion verständigen sich die teilnehmenden Länder auf einen einheitlichen, gemeinsamen Außenzoll. Der gemeinsame Markt sieht Freizügigkeit für Güterhandel, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte vor. Stufe vier hat vor allem die Schaffung einer gemeinsamen Währung zum Ziel. In der letzten Stufe gehen die teilnehmenden Nationalstaaten in der Politischen Union auf. Vgl. Bela Balassa, *The Theory of Economic Integration*, Homewood, Ill.: Richard Irwin, 1961; ders., *Economic Integration*, in: John Eatwell/Murray Milgate/Peter Newman (Hg.), *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*, Bd. 2: E bis J, London/Basingstoke: Macmillan, 1987, S. 43–47.

<sup>36</sup> Vgl. zur Konzeption von monetärem Regionalismus auch Heribert Dieter, *Monetary Regionalism: Regional Integration without Financial Crises*, University of Warwick, Coventry: Centre for the Study of Globalisation and Regionalisation (CSGR), Mai 2000 (CSGR Working Paper 52/00).

Der bedeutsamste Vorteil des skizzierten Integrationspfades bleibt auf allen Ebenen erhalten: Der Integrationsraum gewinnt ökonomische Unabhängigkeit und stärkt seine Immunität gegenüber Finanzkrisen. Die Anforderungen an ein solches Vorhaben sind hoch. Nur wenige Ländergruppen verfügen sowohl über die ökonomischen als auch über die politischen Voraussetzungen für dessen erfolgreiche Implementierung. Auf der anderen Seite ist der Nutzen bei erfolgreicher Integration enorm. Zu fragen ist nun, in welchen Regionen der Welt monetärer Regionalismus denkbar wäre.

### Entwicklungen in Ostasien

Ostasien ist diejenige Region außerhalb Europas, in der über monetäre Kooperation am intensivsten nachgedacht wird. Sowohl die politischen Eliten als auch breitere Schichten der Gesellschaft haben die Politik des IWF in der Asienkrise als erniedrigend und unangemessen empfunden. Im Spätsommer 1997, also nachdem die Krise in Thailand und in Indonesien ausgebrochen war, hatte Japan die Schaffung eines Asiatischen Währungsfonds (AWF) vorgeschlagen.<sup>37</sup> Dieser AWF sollte explizit weichere Konditionen stellen als der IWF. Der AWF ähnelte einem Gläubiger der letzten Instanz eher als der IWF. Im Kern basierte er auf der Idee, in der Krise rasch Liquidität bereitzustellen.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Der damalige japanische Finanzminister Hiroshi Mitsuzuka unterbreitete diesen Vorschlag am 21. September 1997 im Rahmen einer Konferenz, an der Vertreter folgender Länder teilnahmen: Australien, China, Indonesien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Philippinen, Thailand, Singapur und Südkorea. Die USA und der IWF, die lediglich als *Beobachter* zugegen waren, lehnten den japanischen Plan aber ab. Aufgrund dessen wurde die Konferenz ohne Ergebnis vertagt. Eine zweite Debatte kam zunächst nicht zustande. Vgl. Yunjong Wang, *The Asian Financial Crisis and Its Aftermath. Do We Need a Regional Financial Arrangement?*, in: *ASEAN Economic Bulletin*, 17 (2000) 2, S. 205–217 (207). Vgl. dazu auch Dieter/Higgott, *Verlierer Japan, Gewinner China?* [wie Fn. 10], S. 51. Rüländ meint, der Vorschlag zur Schaffung des AWF sei eine gemeinsame Initiative der ASEAN und Japans gewesen. Vgl. Rüländ, *ASEAN and the Asian Crisis* [wie Fn. 11], S. 429.

<sup>38</sup> Vgl. dazu Dieter/Higgott, *Verlierer Japan, Gewinner China?* [wie Fn. 10], S. 48.

**Übersicht 1**  
**Elemente eines monetären Integrationsprozesses**

	Stufe 1 Regionaler Liquiditätsfonds	Stufe 2 Regionales Währungssystem	Stufe 3 Wirtschafts- und Währungsunion	Stufe 4 Politische Union
Hauptkomponente	Schaffung eines öffentlichen regionalen Liquiditätsfonds	Schaffung eines regionalen Währungssystems mit einem Zielzonensystem	Dauerhafte Fixierung der Wechselkurse oder die Schaffung einer Gemeinschaftswährung	Schaffung einer supranationalen Politischen Union
Verpflichtende Maßnahmen	Vereinbarung zur gegenseitigen Gewährung von Liquidität	Vereinbarung zur gegenseitigen Stützung der vereinbarten Wechselkurse	Völkerrechtlicher Vertrag zur Schaffung einer supranationalen Zentralbank	Aufbau gemeinsamer politischer Strukturen und einer außenpolitischen Vertretung
Begleitende Maßnahmen	Schaffung eines regionalen geld- und finanzpolitischen Komitees der Zentralbanken und Finanzminister	Vertiefung dieser Kooperation; Aufbau einer regionalen Finanzmarktaufsicht	Aufbau von gemeinsamen Institutionen, insbesondere der regionalen Zentralbank	Schaffung weiterer supranationaler Institutionen
Makroökonomische Politik	Gemeinsames Monitoring der währungs- und finanzpolitischen Entwicklung, Vorbereitung des Konvergenzprozesses	Koordinierung und Harmonisierung der Geld- und Fiskalpolitik, insbesondere im Hinblick auf Zinssätze und Verschuldungsniveaus	Bis zur Schaffung einer gemeinsamen Finanzpolitik werden Grenzen für die nationale Neuverschuldung vereinbart	Gemeinsame Finanzpolitik
Zusätzliche Komponenten zur Krisenprävention und zum Krisenmanagement	Schaffung eines privaten regionalen Sicherungsfonds der Banken; verpflichtende Einführung von Rollover-Optionen (UDROP)	Erweiterung der Abdeckung des privaten Sicherungsfonds		
Kapitalverkehr	Insbesondere Beschränkungen des Kapitalzufflusses bleiben möglich, ebenso Beschränkungen des Kapitalverkehrs in einer Krise		Abbau von Beschränkungen des Kapitalverkehrs in der Währungsunion; gegenüber Drittländern bleiben Zufließbeschränkungen möglich	
Handelspolitik und Freizügigkeit	Keine Freizügigkeit für Arbeitnehmer	Förderung des regionalen Handels durch die Harmonisierung von Normen und Standards	Schaffung einer Zollunion	Freizügigkeit für Arbeitnehmer

Die rasche Einführung des AWF hätte die Schärfe der Krisen in Thailand und Indonesien wahrscheinlich mildern und die erst im Dezember 1997 ausgebrochene Krise in Südkorea möglicherweise sogar verhindern können.<sup>39</sup>

Ende des Jahres 1999, als die schlimmsten Auswirkungen der Asienkrise überstanden waren, verstärkte sich in Ostasien die Debatte über eine vertiefte regionale Zusammenarbeit. Die regelmäßigen ASEAN-Gipfeltreffen wurden um China, Japan und Südkorea erweitert und in dieser Konstellation als ASEAN+3 bezeichnet.<sup>40</sup> Folgende Beiträge zur Debatte über regionale Integration und folgende kleinere Schritte in diese Richtung sind erwähnenswert:

- ▶ Im Dezember 1997, also noch inmitten der Asienkrise, fand der erste »East Asian Summit« in Kuala Lumpur statt. Finanzpolitische Fragen standen im Mittelpunkt der Debatte. China wurde gebeten, von einer Abwertung des Yuan abzusehen. Die chinesische Regierung erklärte sich daraufhin bereit, den alten Wechselkurs beizubehalten.<sup>41</sup>
- ▶ Bereits im März 1998 forderte Eisuke Sakakibara, Staatssekretär im japanischen Finanzministerium, eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, orientiert am Modell von Bretton Woods. Vor allem fixierte Wechselkurse seien anzustreben.
- ▶ Der japanische Finanzminister Kiichi Miyazawa schlug im Dezember 1998 Kapitalverkehrskontrollen sowie regionale Liquiditätshilfen zum Schutz vor Währungs- und Finanzkrisen vor.<sup>42</sup>
- ▶ Zwei Tage vor dem Start der Europäischen Währungsunion regte der Chef der »Monetary Authority« Hongkongs, Joseph Yam, die Schaffung einer einheitlichen asiatischen Währung an. Yam betonte, eine gemeinsame Währung würde besseren

Schutz gegenüber spekulativen Attacken bieten.<sup>43</sup>

- ▶ Während des ASEAN+3-Treffens in Manila im November 1999 wurde über die Ziele regionaler Integration in Südost- und Ostasien diskutiert. Der damalige philippinische Präsident Joseph Estrada nannte als Fernziele die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, einer Währungsunion und schließlich einer ostasiatischen Gemeinschaft.<sup>44</sup>
- ▶ Anfang des Jahres 2000 forderte Eisuke Sakakibara erneut ein kooperatives monetäres Regime in der Region.<sup>45</sup>
- ▶ Im Rahmen der vierten Konferenz der ASEAN-Finanzminister im März 2000 in Brunei wurden Pläne für die Schaffung eines regionalen Liquiditätsfonds diskutiert. Dabei zeichnete sich bereits ab, daß kein eigener, unabhängiger Pool geschaffen würde, sondern ein Netzwerk bilateraler Vereinbarungen.<sup>46</sup>
- ▶ Anfang Mai 2000 wurde im thailändischen Chiang Mai die gleichnamige Initiative ins Leben gerufen. Im Rahmen der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) vereinbarten die Finanzminister der ASEAN sowie Chinas, Japans und Südkoreas, sich gegenseitig mit Liquiditätshilfen zu unterstützen. Allerdings waren die vereinbarten Volumina sehr klein, viele Fragen blieben zudem ungeklärt.<sup>47</sup> Der einflußreiche Vorsitzende des Korean Institute for Global Economics, Il Sakong, betonte die Notwendigkeit dieses regionalen Verteidigungssystems.<sup>48</sup> Die Teilnahme Chinas an der Chiang-Mai-Initiative stärkt ihr Anliegen erheblich. China selbst benötigt keine Liquiditätshilfen aus der Region, da es über sehr hohe eigene Reserven verfügt und zugleich durch umfassende Beschränkungen des Kapitalverkehrs vor Turbulenzen geschützt ist.<sup>49</sup>

<sup>39</sup> Beurteilt man die Krisen in den einzelnen asiatischen Ländern anhand ihres Verlaufs, wird erkennbar, daß sich Korea von allen betroffenen Ökonomien am raschesten erholte, die geringsten Strukturprobleme aufwies. Insofern lag vermutlich lediglich eine kurzfristige Liquiditätskrise vor, die durch den AMF sehr wahrscheinlich hätte verhindert werden können.

<sup>40</sup> Externe Faktoren, insbesondere die Politik des IWF sowie der USA, sind ein wesentlich stärkerer Antrieb für den Wunsch nach Kooperation als interne Faktoren. Vgl. dazu Douglas Webber, *Two Funerals and a Wedding? The Ups and Downs of Regionalism in East Asia and the Asia Pacific after the Asian Crisis*, in: *The Pacific Review*, 14 (2001) 3, S. 339–372 (355).

<sup>41</sup> Vgl. Rüländ, *ASEAN and the Asian Crisis* [wie Fn. 11], S. 433.

<sup>42</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.1998, S. 15.

<sup>43</sup> Vgl. *Financial Times*, 31.12.1998, S. 2.

<sup>44</sup> Vgl. *Financial Times*, 29.11.1999, S. 4.

<sup>45</sup> Vgl. *World Bank*, *Development News*, 12.1.2000.

<sup>46</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.3.2000, S. 18.

<sup>47</sup> Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Singapur erörterten die Aufstockung der existierenden ASEAN-Swap-Vereinbarung von 200 Millionen Dollar auf 2 Milliarden Dollar. Vgl. *Financial Times*, 8.5.2000, S. 10. Die Vereinbarung weist Parallelen zu einer Maßnahme der großen Industrieländer Anfang der sechziger Jahre auf. Mit einem solch geringen Volumen kann heute allerdings nicht angemessen auf Finanzkrisen reagiert werden.

<sup>48</sup> Il Sakong sagte: »Since not much is expected to be done at the global level, something should be done at the regional level« (zit. in: *Financial Times*, 6.5.2001, S. 9).

<sup>49</sup> Der chinesische Finanzminister Xing Huajcheng hat in

- ▶ Der damalige stellvertretende Premierminister Thailands und heutige Generaldirektor der WTO, Supachai Panichpakdi, unterstrich im September 2000 die Notwendigkeit eines asiatischen Liquiditätsfonds. Da die USA in Zukunft große Unterstützungskredite des IWF nicht mehr befürworten wollten, müsse Asien eigene Sicherungssysteme schaffen. Die Ressourcen des IWF würden in künftigen Krisen nicht genügen.
- ▶ Im November 2000 wurde die Chiang-Mai-Initiative im Rahmen des ASEAN+3-Treffens in Singapur bekräftigt. Der chinesische Premierminister Zhu Rongji schlug darüber hinaus die Schaffung einer Freihandelszone zwischen China und der ASEAN vor.<sup>50</sup>
- ▶ Im Januar 2001 legten Frankreich und Japan anlässlich des Treffens der ASEM-Finanzminister im japanischen Kobe ein gemeinsames Papier vor. Der Tenor des Papiers mit dem Titel »Exchange Rate Regimes for Emerging Market Economies« war, daß stabile Wechselkurse und stetige Kapitalströme auf regionaler Ebene gesichert werden können.<sup>51</sup>
- ▶ Im Mai 2001 wurden die Pläne von Chiang Mai im Rahmen der Jahrestagung der ADB konkretisiert. Japan gab den Abschluß bilateraler Swap<sup>52</sup>-Vereinbarungen mit Thailand (3 Mrd. Dollar), Südkorea (2 Mrd. Dollar) und Malaysia (1 Mrd. Dollar) bekannt.<sup>53</sup> Allerdings können nur zehn Prozent dieser ohnehin bescheidenen Beträge uneingeschränkt genutzt werden. Für den größeren Teil ist die Zustimmung des IWF erforderlich. Damit wird ein wesentlicher Vorzug der Chiang-Mai-Initiative

Chiang Mai vor dem Hintergrund dieser Unabhängigkeit die Bedeutung der Initiative für die Finanzmarktstabilität in der Region unterstrichen. Vgl. Financial Times, 8.5.2000, S. 10.

<sup>50</sup> Vgl. Financial Times, 27.11.2000, S. 3.

<sup>51</sup> Das Positionspapier folgt implizit dem Ansatz eines monetären Regionalismus. Es werden drei Integrationsstufen genannt: monetäre Kooperation, regionale Währungssysteme und Währungsunionen. Vgl. [www.mof.go.jp/english/asem/asem03e.htm](http://www.mof.go.jp/english/asem/asem03e.htm) sowie Financial Times, 16.1.2002, S. 4.

<sup>52</sup> Ein Swap bezeichnet die gleichzeitige Durchführung eines Kassa- und eines Termingeschäfts am Devisenmarkt. Das Kassageschäft wird sofort abgewickelt, das Termingeschäft zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt. Der Wechselkurs für das Termingeschäft kann der Kurs zum Zeitpunkt des Abschlusses, der Kurs zum Zeitpunkt der Fälligkeit des Termingeschäftes oder ein frei vereinbarter Kurs sein. Wird der Kurs zum Zeitpunkt des Abschlusses gewählt, trägt die Notenbank das Wechselkursrisiko, die Landeswährung bereitstellt.

<sup>53</sup> Vgl. Financial Times, 11.5.2001, S. 4.

beschnitten: Die Unabhängigkeit vom IWF wird auf diese Weise nicht vergrößert.<sup>54</sup>

- ▶ Im November 2001 beschlossen die ASEAN-Länder und China die Schaffung einer Freihandelszone binnen zehn Jahren. Die Teilnahme Japans und Südkoreas ist gegenwärtig nicht vorgesehen.<sup>55</sup>
- ▶ Im Dezember 2001 vereinbarten Thailand und China eine Swap-Linie über 2 Milliarden Dollar.<sup>56</sup>
- ▶ Im März 2002 schlossen China und Japan eine Swap-Vereinbarung im Umfang von 3 Milliarden Dollar ab.<sup>57</sup>
- ▶ Die Notenbanken Chinas und Südkoreas vereinbarten im Juni 2002 eine Swap-Vereinbarung über 2 Milliarden Dollar.<sup>58</sup>

Mit dieser Auflistung ist keineswegs schon bewiesen, daß in Ostasien ein kooperatives monetäres Regime entwickelt wird. Deutlich wird aber, daß ein reges Interesse an monetärem Regionalismus besteht und daß erste Schritte zu seiner Verwirklichung unternommen worden sind.

Monetäre Integration kann in einer Region nur funktionieren, wenn Währungsreserven in ausreichendem Umfang vorhanden sind. Ohne umfassende Reserven ist monetärer Regionalismus nicht sinnvoll, da entweder ein zu hoher Anteil der nationalen Reserven in den Liquiditätsfonds eingebracht werden müßte oder insgesamt zu wenig Liquidität zur Bekämpfung einer Finanzkrise bereitgestellt werden könnte. In Ostasien ist die Ausgangslage aber sehr gut. Keine andere Region der Welt hat vergleichbar große Währungsreserven. Selbst ohne Taiwan besitzen die Zentralbanken Ostasiens mehr als 1000 Milliarden Dollar an ausländischer Währung. Die vorhandenen Reserven sind zudem gut verteilt. Japan und China, die beiden größten Ökonomien der Region, verfügen zugleich auch über die größten Reserven.

Die Währungsreserven der Länder Ostasiens sind, wie Tabelle 3 (S. 24) zeigt, nicht nur sehr groß, sie sind auch rasch gewachsen. Von März 2000 bis etwa Juli 2002 sind die Devisenreserven der zehn Länder um 360 Milliarden Dollar gestiegen. Das ist mehr als das Dreifache des Betrages, der in der Asienkrise zur Unterstützung Thailands, Indonesiens und Südkoreas

<sup>54</sup> Vgl. Heribert Dieter, East Asia's Puzzling Regionalism, in: Far Eastern Economic Review, 12.7.2001, S. 29.

<sup>55</sup> Vgl. die Presseerklärung der ASEAN, im Internet unter [www.aseansec.org/newdata/7thsummit\\_ps02.htm](http://www.aseansec.org/newdata/7thsummit_ps02.htm); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.11.2001, S. 17.

<sup>56</sup> Vgl. China News Digest, 26.6.2002.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> Ebd.



**Tabelle 3**  
**Währungsreserven ostasiatischer Notenbanken**

Land	Reserven im März 2000 (in Mrd. Dollar)	Reserven im Jahr 2002 (in Mrd. Dollar)	20% der Reserven 2002 für einen regionalen Liquiditätsfonds (in Mrd. Dollar)
China	156,8	241,9 (Mai)	48,4
Hongkong	96,3	112,3 (Juli)	22,5
Indonesien	26,3	29,5 (Juli)	5,9
Malaysia	30,6	32,8 (Juli)	6,6
Philippinen	12,9	13,5 (Juli)	2,7
Singapur	74,3	80,3 (Juli)	16,1
Südkorea	74,0	115,4 (Juli)	23,1
Thailand	34,1	37,0 (Juli)	7,4
Japan	305,5	456,0 (Aug)	91,2
Summe	810,8	1118,7	223,9
Taiwan	103,5	155,3 (Juli)	31,1
Summe (inkl. Taiwan)	914,3	1274,0	255,0

Quellen: The Economist, 4.3.2000; The Economist, 7.9.2002; Japanese Ministry of Finance (www.mof.go.jp/english).

bereitgestellt worden war. Die Währungsreserven asiatischer Schwellenländer sind auch im Vergleich mit anderen Schwellenländern extrem hoch: So sind etwa die addierten Reserven der Türkei, Tschechiens, Polens und Rußlands geringer als jene Südkoreas. Singapur verfügt über etwa die gleichen Devisenreserven wie Brasilien und Mexiko zusammengekommen.

Die umfangreichen Währungsreserven der ostasiatischen Staaten lassen mehrere Schlußfolgerungen zu. Erstens sind diese Staaten heute bereit, für den Schutz gegen volatile Bewegungen auf den Finanzmärkten einen hohen Preis zu zahlen; Währungsreserven sind, wie bereits gezeigt, sehr teuer. Zweitens zeigt das Volumen der Reserven, daß die Länder Ostasiens den Versprechungen hinsichtlich einer Verbesserung der internationalen Finanzarchitektur kein Vertrauen schenken, sondern sich eher auf die eigene Stärke verlassen. Drittens wird erkennbar, daß durch eine Bündelung der Währungsreserven enorme wirtschaftliche Vorteile zu erzielen wären: Wenn Ostasiens Reserven halbiert werden könnten, würde dies jedes Jahr einen Zuwachs an Volkseinkommen von mindestens 60 Milliarden Dollar nach sich ziehen.

Ostasien hat erste Schritte zur Implementierung von monetärem Regionalismus unternommen. Die Währungsreserven der Region sind groß genug, um die erste Stufe, den regionalen Liquiditätsfonds, imple-

mentieren zu können. Inwieweit dieses Vorhaben mittel- und langfristig die nötige politische Unterstützung finden wird, ist aus heutiger Sicht noch unklar.

### Perspektiven für den Mercour

Gänzlich anders als im ostasiatischen Wirtschaftsraum stellt sich die Situation im Mercosur dar, einer Zollunion zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, die 1991 ins Leben gerufen wurde. Hohe Zuwächse im intraregionalen Handel verliehen dem Mercosur rasch den Rang eines Modells für andere Länder. Spätestens seit der Währungskrise in Brasilien Anfang des Jahres 1999 ist die Zollunion aber in eine schwere Krise geraten. Die Unvereinbarkeit des Wechselkursregimes Argentinien, das bis Anfang des Jahres 2002 einen festen Wechselkurs zum US-Dollar hatte, mit dem flexiblen Wechselkursregime Brasiliens versetzte den Mercosur in eine Phase der Stagnation. Bereits seit geraumer Zeit wird daran gedacht, ihn zu einer Währungsunion auszubauen.<sup>59</sup>

Im Widerspruch zu solchen Überlegungen sendete Argentinien Regierung inmitten der brasilianischen Währungskrise des Jahres 1999 jedoch andere Signale.

<sup>59</sup> Genaugenommen wäre dies kein monetärer, sondern klassischer Regionalismus à la Balassa.

Der damalige Präsident Carlos Menem ließ von der Zentralbank prüfen, ob Argentinien einseitig den US-Dollar zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel erklären könnte.<sup>60</sup> Während beim großen Nachbarn Brasilien zu dieser Zeit der Wechselkurs gegenüber dem Dollar einbrach, wollte Menem also die argentinische Währung zugunsten des Dollar aufgeben. Aus heutiger Sicht war dieses Vorhaben Menems in zweifacher Hinsicht unangemessen: Erstens muß sein öffentliches Nachdenken über Dollarisierung in Brasilien als Akt des Hochmuts wahrgenommen worden sein. Zweitens hätte Argentinien zum damaligen Zeitpunkt vielleicht noch die Chance auf einen geordneten Ausstieg aus dem eigenen Fixkursystem gegenüber dem Dollar gehabt.

Schon im August 1999 forderte der frühere spanische Ministerpräsident Felipe González die Länder des Mercosur zur Erneuerung des Bündnisses auf. Vor allem hinsichtlich der Gestaltung der Währungssysteme mahnte González Reformen an und schlug ein Währungssystem mit Wechselkursbandbreiten vor.<sup>61</sup> Nur wenige Monate später setzte auch Brasiliens damaliger Präsident Fernando Henrique Cardoso neue Signale der Kooperation. Er schlug die Vereinbarung von Konvergenzziele im Mercosur vor.<sup>62</sup> Bald darauf wurden im Mercosur bereits Beschlüsse zur Herstellung von makroökonomischer Konvergenz getroffen. Im Dezember 2000 unterzeichneten die vier Länder des Mercosur sowie die assoziierten Mitglieder Chile und Bolivien einen entsprechenden Plan. Der Plan von Florianopolis, benannt nach dem brasilianischen Tagungsort, sah folgende Konvergenzziele vor:

- ▶ Inflationsraten von höchstens 5 Prozent zwischen 2002 und 2005, 4 Prozent im Jahr 2006 und 3 Prozent in den Folgejahren.
- ▶ Die öffentliche Gesamtverschuldung sollte bis zum Jahr 2010 auf 40 Prozent sinken.
- ▶ Die öffentliche Neuverschuldung sollte ab dem Jahr 2002 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen.<sup>63</sup>

Noch im Juni 2001, also wenige Monate vor dem Kollaps Argentiniens, wurde im Rahmen des Mercosur über währungspolitische Kooperation gesprochen. Uruguays Staatschef Jorge Battle kritisierte die ständigen Differenzen in der Währungspolitik und überraschte mit der Aufforderung, Argentiniens damaliger

Wirtschaftsminister Domingo Cavallo solle einen Mechanismus zur Koordinierung der Währungspolitik im Mercosur ersinnen. Der argentinische Außenminister schlug im Rahmen des gleichen Treffens vor, das Modell des Europäischen Währungssystems zu übernehmen.<sup>64</sup>

Die Argentinienkrise schien dem Projekt einer gemeinsamen Währung zunächst neue Impulse zu geben. Nach der Freigabe des Wechselkurses des Peso verkündeten Argentinien Außenminister Carlos Ruckauf und Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso, der Weg für die Schaffung einer gemeinsamen Währung sei nunmehr frei.<sup>65</sup> Die sich verschärfende Krise in Argentinien sowie das Übergreifen der Panik auf Brasilien und Uruguay haben die Debatte über das Währungsprojekt inzwischen wieder verstummen lassen. Ist die gegenwärtige Krise erst einmal überwunden, wird man in einigen Jahren erneut über die Schaffung von monetären Kooperationsmechanismen nachdenken müssen.

## Andere Regionen

Auch in anderen Regionen der Welt werden Maßnahmen zur Stabilisierung der regionalen Währungsbeziehungen geprüft. Vergleichsweise weit sind die Bemühungen des Golfkooperationsrates (Gulf Cooperation Council – GCC) vorangeschritten. Allerdings steht auch hier nicht allein monetäre Kooperation im Vordergrund, zeitlich parallel soll die Integration des Handels erfolgen.

Die sechs GCC-Länder Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich auf die Schaffung einer Zollunion zum Januar 2003 verständigt. Ein regionales Währungssystem soll nach gegenwärtiger Planung im Jahr 2005 geschaffen werden, während der Übergang zu einer gemeinsamen Währung im Jahr 2010 vollendet sein soll. Bereits heute bemühen sich die GCC-Länder, ökonomische Konvergenz herzustellen.<sup>66</sup>

Die Bedingungen für das Vorhaben einer gemeinsamen Währung sind im GCC-Raum vergleichsweise gut. Fünf Länder haben ihre Währung fest an den Dollar gebunden. Die sechste Ökonomie, Kuwait, hat die Landeswährung an einen Währungskorb gebun-

<sup>60</sup> Vgl. Financial Times, 22.1.1999, S. 1.

<sup>61</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8.1999, S. 12.

<sup>62</sup> Vgl. Financial Times, 10.11.1999, S. 5.

<sup>63</sup> Vgl. Far Eastern Economic Review, 28.12.2000, S. 109.

<sup>64</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.6.2001, S. 16.

<sup>65</sup> Vgl. Handelsblatt, 21.1.2002, S. 6.

<sup>66</sup> Vgl. Arab News, 6.6.2002, im Internet: [www.arabnews.com/Article.asp?ID=15820](http://www.arabnews.com/Article.asp?ID=15820).

den, in dem der Dollar aber das größte Gewicht hat. Mit der festen Bindung der Wechselkurse an den Dollar ist schon heute sichergestellt, daß es keine Schwankungen zwischen den Währungen der geplanten Währungsunion geben kann, zumindest solange die festen Kurse gegenüber dem Dollar behauptet werden können. Die Aussichten für dieses Integrationsprojekt sind zumindest aus ökonomischer Sicht gut. Eine andere Frage ist, inwieweit politische Turbulenzen die geplante Währungsunion zum Scheitern bringen können.

Eine weitere Region, die sich für monetären Regionalismus anbietet, ist der postsowjetische Raum. Bis zur Auflösung der Rubelzone durch die Einführung des Som in Kirgistan im Jahr 1993 gehörten auch die Nachfolgestaaten der UdSSR einem gemeinsamen Währungsraum an. Allerdings hat die monetäre Unabhängigkeit gerade den kleineren Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) weniger Vorteile gebracht, als dies erhofft worden war. Belege dafür sind etwa die hohen, zweistelligen Inflationsraten, die in Kasachstan und Kirgistan in den neunziger Jahren zu verzeichnen waren, sowie die relativ starken Schwankungen der Wechselkurse. Beispielsweise verlor der kasachische Tenge gegenüber dem Dollar von Mitte 1998 bis heute rund die Hälfte seines Werts.

Die Argumente für monetären Regionalismus haben auch in der GUS Gewicht. Es hat sich aber bereits gezeigt, daß nur ein Teil der GUS-Länder über monetäre Kooperation nachzudenken bereit ist. Weder Georgien noch Moldawien beteiligen sich an entsprechenden Überlegungen. Konkret wurde im Frühjahr 2002 der Gouverneur der kasachischen Notenbank, Grigori Marchenko, mit seinem Vorschlag, auf dem Gebiet der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (Eurasian Economic Community – EEC) eine gemeinsame Währung zu schaffen. Zu dieser Gemeinschaft zählen Rußland, Weißrußland, Tadschikistan, Kirgistan und Kasachstan. Die Einführung einer Gemeinschaftswährung könne in fünf bis sieben Jahren vorbereitet werden, so Marchenko.<sup>67</sup> Diesen Auslassungen ist aber mit erheblicher Skepsis zu begegnen. Monetäre Kooperation in der EEC ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr als eine Vision.

Auch in Afrika wird seit den Währungskrisen der neunziger Jahre verstärkt über monetäre Kooperation nachgedacht. Eine Teilgruppe der Economic Community of West African States (ECOWAS) hat vereinbart, bis zum Jahr 2003 eine Währungsunion zu etablieren.

<sup>67</sup> Vgl. International Herald Tribune, 24.4.2002, S. 19.

Nigeria, Ghana, Liberia, Sierra Leone, Gambia und Guinea wollen im Jahr 2003 höchstens 5 Prozent Inflation und eine maximale öffentliche Neuverschuldung von 4 Prozent erreichen. Diese sechs Länder sollen die Kerngruppe einer Währungsunion aller 16 Länder der ECOWAS bilden, die bis zum Jahr 2004 realisiert werden soll.<sup>68</sup> Zwar erscheint der Zeitplan zu ambitioniert und eher unrealistisch, aber grundsätzlich ist der eingeschlagene Pfad sinnvoll.<sup>69</sup>

Monetäre Kooperation ist auf dem Vormarsch, in Ostasien und in anderen Regionen der Welt. Es wäre voreilig, aus den zarten Anfängen zu schließen, daß sich in absehbarer Zeit zahlreiche Währungsunionen bilden werden. Dennoch ist der Befund eindeutig: Nach den Finanzkrisen der neunziger Jahre kooperieren Nationalstaaten im supranationalen Raum mit dem Ziel, Finanzströme und Wechselkurse zu stabilisieren. Solange auf der globalen Ebene keine Zuwächse an Stabilität der internationalen Finanzarchitektur erzielt werden, wird dieser Trend anhalten.

<sup>68</sup> Vgl. Financial Times, 7.3.2001, S. 8.

<sup>69</sup> Einschränkend muß bemerkt werden, daß einige der Länder, die sich zum Kern der ECOWAS-Währungsunion zählen, insbesondere Liberia und Sierra Leone, nicht mehr über staatliche Autorität verfügen und zur Kategorie der gescheiterten Staaten (failed states) zu rechnen sind. Jeder Integrationsprozeß wird selbstredend durch solche Teilnehmer stark geschwächt.

## Schluß

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Gestalt von Regionalismus zum dritten Mal innerhalb von vierzig Jahren grundlegend gewandelt. Die anschwelende dritte Welle des Regionalismus ist für die multilaterale Ordnung gefährlich. Sowohl die rasche Zunahme von bi- und minilateralen Freihandelszonen als auch die Suche nach Wegen zur Etablierung eines monetären Regionalismus haben denselben Hintergrund: Multilaterale Zusammenarbeit zur Gestaltung der Welthandels- bzw. der Weltfinanzordnung findet nur noch in eingeschränktem Maße statt. Für diese Entwicklung ist in erster Linie eine verfehlte Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten verantwortlich. Die EU und die USA haben in den vergangenen Jahren die wichtige Aufgabe der Gestaltung der Globalisierung sträflich vernachlässigt und sich statt dessen auf einen kurzfristigen und gefährlichen Konkurrenzkampf eingelassen.

Die Initiative zur Schaffung von bilateralen Freihandelszonen geht gerade in jüngster Zeit weniger von Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern vor allem von den USA und der EU aus. Man kann es daher kleinen Ländern wie Singapur oder Chile kaum ankreiden, daß sie vor dem Hintergrund eines zusehends spannungsgeladenen Welthandelssystems versuchen, durch den Abschluß bilateraler Verträge ihre Handelsbeziehungen abzusichern.

Der einst auf Sonderfälle gemünzte Artikel 24 des GATT-Vertrages dient heute allzu oft als Berufungsgrundlage. Diesem Mißbrauch sollte durch eine radikale Modifizierung des Artikels 24 ein Riegel vorgeschoben werden, insbesondere durch ein mittelfristiges Verbot von Freihandelszonen.

Ähnliches gilt für den sich allmählich entwickelnden monetären Regionalismus. Auch er schadet der Erhaltung und Weiterentwicklung einer von allen Ländern getragenen globalen Ordnung. Vor dem Hintergrund einer bis heute sehr einseitigen Politik des Internationalen Währungsfonds, die in Finanzkrisen die Gläubiger schonte und den Schuldner die alleinige Last aufbürdete, ist dies nicht verwunderlich. Für die Erosion sind diejenigen Länder verantwortlich, die bislang dominierenden Einfluß auf die Politik des

IWF hatten, nicht die von unangemessenen Politiken betroffenen Länder.

Um diese Tendenzen zur Regionalisierung der Weltwirtschaft wirksam aufzuhalten, bedarf es nicht weniger als einer Neugestaltung der Globalisierung. Notwendig ist zum einen die Beendigung des Mißbrauchs der Handelspolitik als Instrument der Außenpolitik. Die Stärkung der multilateralen Ordnung sollte absolute Priorität genießen. Zum anderen fehlen der internationalen Finanzordnung wichtige Bausteine: Weder gibt es bislang Verfahren für den Fall der Überschuldung eines staatlichen Schuldners gegenüber privaten Gläubigern, noch ist der Internationale Währungsfonds bei Krisenprävention und -bewältigung sonderlich erfolgreich gewesen.

Welthandelsorganisation wie Internationaler Währungsfonds benötigen, um eine Aufsplitterung der Weltwirtschaft in regionale Blöcke zu verhindern, die uneingeschränkte Unterstützung der großen Akteure. Solange die EU und die USA sich dazu nicht bereit finden, wird es weiterhin Versuche geben, die negativen Folgen der heutigen unvollständigen Globalisierung durch handelspolitischen und monetären Regionalismus zu mildern. Berücksichtigt man die aktuellen handels- und finanzpolitischen Spannungen zwischen Europa und Amerika, besteht wenig Anlaß zu einer optimistischen Prognose.

# Anhang

## Literaturhinweise

- Balassa, Bela, *The Theory of Economic Integration*, Homewood, Ill.: Richard Irwin, 1961
- Economic Integration, in: John Eatwell/Murray Milgate/Peter Newman (Hg.), *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*, Bd. 2: E bis J, London/Basingstoke: Macmillan, 1987, S. 43–47
- Bergsten, C. Fred, *America and Europe: Clash of the Titans?*, in: *Foreign Affairs*, 78 (1999) 2, S. 20–34
- Camroux, David, *Die ASEAN vor dem Ende*, in: *Le Monde Diplomatique*, Februar 2001, S. 7
- Dieter, Heribert, *Nach den Finanzkrisen. Die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung*, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2002
- East Asia's Puzzling Regionalism, in: *Far Eastern Economic Review*, 12.7.2001, S. 29
  - Australien und Asien, Bündnispartnerschaft auf die Probe gestellt, in: *Internationale Politik*, (2000) 1, S. 31–37
  - Monetary Regionalism: Regional Integration without Financial Crises, University of Warwick, Coventry: Centre for the Study of Globalisation and Regionalisation (CSGR), Mai 2000 (CSGR Working Paper 52/00)
  - Die globalen Währungs- und Finanzmärkte nach der Asienkrise: Reformbedarf und politische Hemmnisse, Duisburg: Gerhard-Mercator-Universität, 1999 (INEF-Report 41/1999)
  - Regionalismus im Zeitalter der Globalisierung: Eine neue Gefahr für die Länder des Südens?, in: Dirk Messner/Michael Heinrichs (Hg.), *Globalisierung und Perspektiven linker Politik. Festschrift zum 60. Geburtstag von Elmar Altvater*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1998, S. 206–229
  - APEC and the WTO: Collision or Co-operation?, in: *The Pacific Review*, 10 (1997) 1, S. 19–38
  - /Higgott, Richard, Verlierer Japan, Gewinner China? Außenpolitische Konsequenzen der Asienkrise, in: *Internationale Politik*, 53 (1998) 10, S. 45–52
- Fischer, Stanley, *Exchange Rate Regimes: Is the Bipolar View Correct?*, Januar 2001, [www.imf.org/external/np/speeches/2001/010601a.htm](http://www.imf.org/external/np/speeches/2001/010601a.htm)
- Frenkel, Michael/Menkhoff, Lukas, *Stabile Weltfinanzen? Die Debatte um eine neue internationale Finanzarchitektur*, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, 2000
- Harris, Stuart, *The Regional Response in Asia-Pacific and Its Global Implications*, in: *The Pacific Review*, 13 (2000) 3, S. 495–516
- Higgott, Richard, *Mondialisation et Gouvernance: l'Emergence du Niveau Regional*, in: *Politique étrangère*, 62 (1997) 2, S. 277–292
- Institutions, Identity and Social Learning in the International Political Economy of Regionalism: Asia and Europe Compared, in: Kokusai Seiji: *Journal of the Japanese International Studies Association*, (März 1997) 114, S. 14–48
  - De Facto and De Jure Regionalism: The Double Discourse of Regionalism in the Pacific, in: *Global Society*, 11 (Mai 1997) 2, S. 165–183
  - The Asian Financial Crisis: A Study in the International Politics of Resentment, in: *New Political Economy*, 3 (1998) 3, S. 333–356
  - /Stubbs, Richard, Competing Conceptions of Economic Regionalism: APEC versus EAEC in the Asia Pacific, in: *Review of International Political Economy*, 2 (1995) 3, S. 549–568
- Kahler, Miles, *Legalization as Strategy: The Asia-Pacific Case*, in: *International Organization*, 54 (2000) 3, S. 549–571
- Massad, Carlos, *The Liberalization of the Capital Account: Chile in the 1990s*, in: *Essays in International Finance*, (Mai 1998) 207, S. 34–46
- Mattli, Walter, *The Logic of Regional Integration. Europe and Beyond*, Cambridge: Cambridge University Press, 1999
- Nadal-De Simone, Franzisco/Sorsa, Piritta, *A Review of Capital Account Restrictions in the 1990s*, Washington, D.C.: IMF, April 1999 (IMF Working Paper 99/52)
- Park, Yung Chul/Wang, Yunjong, *Reform of the International Financial System and Institutions in Light of the Asian Financial Crisis*, New York/Genf: UNCTAD/Center for International Development, Harvard University, Juli 2001 (G-24 Discussion Paper Series)

- Ravenhill, John, APEC Adrift: Implications for Economic Regionalism in Asia and the Pacific, in: *The Pacific Review*, 13 (2000) 2, S. 319–333
- Roberts, Michael/Wehrheim, Peter, Regional Trade Agreements and WTO Accession of CIS Countries, in: *Intereconomics*, (November/Dezember 2001), S. 315–323
- Rüland, Jürgen, ASEAN and the Asian Crisis: Theoretical Implications and Practical Consequences for Southeast Asian Regionalism, in: *The Pacific Review*, 13 (2000) 3, S. 421–451
- Sapir, André, EC Regionalism at the Turn of the Millennium: Toward a New Paradigm?, in: *The World Economy*, 23 (2000) 9, S. 1135–1148
- Scherpenberg, Jens van/Thiel, Elke (Hg.), *Toward Rival Regionalism? US and EU Regional Regulatory Regime Building*, Baden-Baden: Nomos, 1998
- Stiglitz, Joseph, Failure of the Fund. Rethinking the IMF Response, in: *Harvard International Review*, (Sommer 2001), S. 14–18
- Stubbs, Richard, Signing on to Liberalization: AFTA and the Politics of Regional Economic Cooperation, in: *The Pacific Review*, 13 (2000) 2, S. 297–318
- Wang, Yunjong, The Asian Financial Crisis and Its Aftermath. Do We Need a Regional Financial Arrangement? *ASEAN Economic Bulletin*, 17 (2000) 2, S. 205–217
- Webber, Douglas, Two Funerals and a Wedding? The Ups and Downs of Regionalism in East Asia and the Asia Pacific after the Asian Crisis, in: *The Pacific Review*, 14 (2001) 3, S. 339–372
- |          |   |
|----------|---|
| GUS      | Gemeinschaft Unabhängiger Staaten   |
| IMF      | International Monetary Fund   |
| INEF     | Institut für Entwicklung und Frieden<br>(Gerhard-Mercator-Universität Duisburg) |
| IWF      | Internationaler Währungsfonds   |
| Mercosur | Mercado Común del Cono Sur  |
| NAFTA    | North American Free Trade Agreement   |
| PATCRA   | Papua New Guinea–Australia Trade and Commercial Relations Agreement             |
| SACU     | Southern African Customs Union  |
| UDROP    | Universal Debt-Rollover Options with a Penalty                                  |
| WTO      | World Trade Organization  |

## Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank
AFTA	Asian Free Trade Area
AMF	Asian Monetary Fund
APEC	Asia–Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
ASEM	Asia–Europe Meeting
AWF	Asiatischer Währungsfonds
CER	(Australia New Zealand) Closer Economic Relations (Free Trade Agreement)
CSGR	Centre for the Study of Globalisation and Regionalisation
ECOWAS	Economic Community of West African States
EEC	Eurasian Economic Community
EFTA	European Free Trade Association
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GCC	Gulf Cooperation Council